ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
MAI 2017

DIE aNDERE

Liebe Leserinnen und Leser,

ein spannendes Jahr liegt vor uns. Alte Themen bleiben den Potsdamer*innen erhalten; neue kommen hinzu:

Ein Dauerbrandthema ist die Verkehrspolitik der Landeshauptstadt Potsdam – wie es kurz vor Umsetzung des Radverkehrs- und Innenstadtverkehrskonzeptes um diese steht, zeigt ein Artikel von **Jan Kuppert**. **Roman Böttcher** berichtet über die Entwicklung der Potsdamer Sportstätten und die damit verbundene verfehlte Politik in Sachen Schul- und Grundstücksentwicklung.

Wie geht es weiter mit der Potsdamer Mitte? Das von der aNDEREN unterstützte Bürgerbegehren wurde für unzulässig erklärt, die Initiator*innen werden entscheiden, ob sie in Berufung gehen. Zeitgleich gründete sich das Bündnis *Stadtmitte für alle*, nachzulesen im Artikel von **Annegret Pannier** und **André Tomczak**. Und es gibt ein neues Haus am Platz: Die Eröffnung des *Museums Barberini* wurde euphorisch gefeiert – Stimmen für und wider das Barberini finden sich im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Wie steht es um die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf in der Stadtpolitik? Dieser Frage geht **Julia Laabs** nach und **Christian Kube** berichtet über die Bemühungen unserer Fraktion um eine Kontrolle der städtischen Betriebe.

Zu guter Letzt stellen sich in dieser Ausgabe unsere z. T. neuen Aufsichtsratsmitglieder in den städtischen Unternehmen vor.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht
Anja Heigl – Vize-Fraktionsgeschäftsführerin

Inhalt

KURZNOTIZEN		04
WOHNEN	**Potsdam darf nicht verlängerter Arm der Abschiebemaschinerie werden**	06
STADTRÄUME	**Die Sportstättenproblematik in Potsdam spitzt sich weiter zu**	09
	Krampnitz – In die Knie gezwungen	12
	Eine kleine Dystopie – Potsdam 2027	16
	Das Potenzial des Rades in Potsdam	19
STÄDTISCHE BETRIEBE	**Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam*** – TEIL 3	23
	Unternehmen Stadt	25
GARNISONKIRCHE	**Historische Daten, Kulturstaatsmillionen und innerkirchliche Widersprüche**	29
PERSONALIA	**Wenn Rückschritte zu Fortschritten erklärt werden**	32
	Kurz vorgestellt: Unsere Aufsichtsräte	36
MUSEUM BARBERINI	**Kein Grund zum Feiern**	38
	Freude über Originale in der Kopie	41

KURZNOTIZEN

Kunstrasen für die Nowawiese?

Nach jahrelangem Streit um den Sportplatz auf der *NowaWiese* wurde er in einer Sparvariante ohne Drainage gebaut. Sechs Wochen nach der feierlichen Eröffnung des Platzes durch den Oberbürgermeister im September 2016 wurde der Platz dann wegen starker Durchfeuchtung gesperrt. Bis heute kann niemand sagen, wann die Rasenfläche wieder nutzbar ist. Am wahrscheinlichsten ist, dass die Sportanlage ihre besten Nutzungszeiten in den Sommerferien haben wird – wenn die Jugendfussballer Fußballpause haben. Bislang hat sich in der Stadtverwaltung noch niemand zu diesem Schildbürgerstreich bekannt oder gar einen Vorschlag gemacht, wie das Problem zu lösen ist. Unsere Fraktion beantragte nun, dass die Bedingungen zur Verlegung eines Kunstrasenbelages auf der *NowaWiese* geklärt werden.

Sportstättenplanung ohne Plan

Während die Drainage auf der *NowaWiese* eingespart wurde, gab die Stadtverwaltung auf dem Sportplatz *Sandscholle* im Jahr 2016 mehr als 42.000 Euro aus, um eine Kugelstoßanlage zu verlagern, die Anlaufbahn zur Weitsprunggrube zu erneuern und die Rundlaufbahn zu renovieren. Parallel plant der Fachbereich Schule und Sport einen Schulneubau auf der *Sandscholle* zu errichten. Die gerade aufgehübschten Sportanlagen sollen also schnellstmöglich überbaut werden.

Bürgerbegehren für Auflösung der Garnisonkirchenstiftung

2014 stimmte die *Stadtverordnetenversammlung* dem Bürgerbegehren für die Auflösung der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* (SGP) zu. Die Rathauskooperation wollte verhindern, dass in einem Bürgerentscheid eine breite Bevölkerungsmehrheit zustimmt. Deshalb wurde das Bürgerbegehren schon in der SVV formal angenommen und der Bürgerentscheid entfiel. Eigentlich wäre der Oberbürgermeister nun verpflichtet, alle rechtlich zulässigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf die Auflösung der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* hinzuwirken. Stattdessen beantragte der OB ein einziges Mal halbherzig die Auflösung der Stiftung im Kuratorium. Seitdem spricht er sich bei jeder Gelegenheit für den Aufbau der Garnisonkirchenattrappe aus und unternimmt nichts zur Umsetzung des erfolgreichen Bürgerbegehrens. DIE aNDERE beantragte nun in der SVV, dass der OB weitere Bemühungen starten muss, um die Auflösung der SGP zu erreichen: **Jann Jakobs** soll andere Kuratoriumsmitglieder in Gesprächen dazu bewegen, einem erneuten Auflösungsantrag zuzustimmen und er soll prüfen, ob die Stadt Potsdam das Grundstück in der Breiten Straße zurückfordern kann, nachdem die Baupläne auf einen Turmstumpf zurückgestutzt wurden und die Finanzierung immer dubioser wird. Auch wenn wir für diesen Antrag wohl keine Mehrheit bekommen werden, möchten wir daran erinnern, mit welchen Betrügereien in Potsdam ein Bürgerentscheid zur Garnisonkirche verhindert wurde.

Städtische Betriebe bleiben Black Box

Alle paar Jahre wieder diskutiert die Stadtgesellschaft – zumeist auf Initiative der Lokalpresse – das Sponsoring der städtischen Betriebe. In den Zeiten dazwischen verweigert der Oberbürgermeister gewählten Stadtverordneten die Auskunft zu umstrittenen Sponsoringleistungen. Letztes Beispiel ist eine Kleine Anfrage unserer Fraktion zu den Sponsoringleistungen des städtischen Klinikums für das Kugelstoß-Event *K.O. durch die Kugel* (17/SVV/0188). Überall in der Stadt tauchte das Klinikum auf den Veranstaltungsplakaten auf. Wir fanden das bemerkenswert. Das städtische Krankenhaus bezahlt schließlich viele seiner Beschäftigten seit Jahren weit unter dem öffentlichen Tarif. Außerdem kann man sich sicher Themenfelder vorstellen, die dichter am medizinischen Versorgungsauftrag des Klinikums liegen und durch Sponsoring gefördert werden können. Nach der geltenden Sponsoringrichtlinie der Landeshauptstadt Potsdam sind Spenden und Sponsoringleistungen der SVV bis zum 30.06. des Folgejahres mitzuteilen. Dabei sind Leistungen ab 5.000 Euro individualisiert aufzuführen. Offenbar wird dies aber alles nicht dazu führen, dass wir erfahren, wofür welche Gelder geflossen sind. In der Antwort auf unsere Anfrage teilte der Oberbürgermeister mit: *„Das Klinikum hat im Rahmen des Kugelstoß-Events diverse Marketing- und Werbeleistungen erworben, deren Inhalte Geschäftsgeheimnisse sind."*

Mehr Geld für VHS-Kursleiter*innen, weniger städtische Zuschüsse für den ÖPNV

2014 beschloss die SVV, den Honorarsatz für Kursleiter*innen an der städtischen *Volkshochschule* schrittweise von 18 auf 30 Euro pro Unterrichtsstunde zu erhöhen. Zusätzlich sollte eine Bezuschussung der Sozialausgaben nach dem Berliner Modell erfolgen. Dagegen äußerte allerdings das Rechtsamt Bedenken. DIE aNDERE beantragte daraufhin, dann eben den Honararsatz weiter zu erhöhen. Auf Beschluss der SVV werden die Kursleiter*innen an der VHS nach Bestätigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht 35 Euro pro Unterrichtsstunde erhalten.

Mit unserer Forderung, den städtischen Zuschuss zum ÖPNV nicht weiter zu kürzen, konnten wir uns leider nicht durchsetzen.

Noch kein Baum-Ersatz auf dem Plattner-Campus am Jungfernsee

Bereits 2014 fragte DIE aNDERE, welche Nachpflanzungen auf dem *Plattner-Campus* am Jungfernsee noch erfolgen müssen (14/SVV/0057). Laut Auskunft des Oberbürgermeisters war seinerzeit noch die Ersatzpflanzung von 889 Bäumen unerledigt. Inzwischen ist **Hasso Plattner** Ehrenbürger und der Oberbürgermeister hat am Jungfernsee seinen Altersruhesitz bezogen. Es ist also an der Zeit, mal wieder nachzufragen, wann die gefällten Bäume ersetzt werden. Auf unsere Anfrage 17/SVV/0125 bat die Verwaltung um eine Fristverlängerung für ihre Antwort. Nun warten wir gespannt, wie lange die selbst gesetzte Zusatzfrist noch überschritten wird. Vielleicht werden ja in der Zwischenzeit noch ein paar Bäume nachgepflanzt.

WOHNEN

Potsdam darf nicht verlängerter Arm der Abschiebemaschinerie werden

VON LUTZ BOEDE

Bereits 2012 forderte DIE aNDERE, in Potsdam keine Containerlager am Stadtrand für Flüchtlinge zu errichten, sondern endlich eine ausreichende Zahl von Wohnungen mit niedrigen Mieten für alle zu bauen. Damals wurde uns erwidert, dass schnelle Lösungen nötig seien und dass der Neubau von Wohnungen 2–3 Jahre dauern würde. Mit großem Aufwand und Engagement schuf die Stadtverwaltung Provisorien. Dass diese den Vorgaben des Integrationskonzeptes nicht genügen wurde in Kauf genommen. Schließlich sollte der Aufenthalt im Heim ja nur eine kurze Übergangslösung sein und nach 12 Monaten der Umzug in eigene Wohnungen erfolgen.

Von diesen hehren Zielen ist Potsdam im Jahr 2017 weit entfernt. Seit Jahren liegt das mit hohem Aufwand überarbeitete moderne Integrationskonzept der Stadt in den Schubladen der Stadtverwaltung. Die dringend benötigten Wohnungen sind bislang noch nicht einmal geplant. Stattdessen wurden Millionenbeträge für Blechhallen ausgegeben, die nun in Neufahrland, Drewitz und Babelsberg als Zeugen der Fehlplanung leerstehen.

In den Flüchtlingsheimen der Stadt leben inzwischen fast 1.500 Menschen. Knapp 500 von ihnen verfügen über einen gesicherten Aufenthaltstitel und werden längere Zeit in Deutschland leben. Diese Menschen könnten längst aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen, wenn es in Potsdam genug Wohnungen gäbe. Stattdessen werden mittlerweile sogar Räume freigehalten, um den Familiennachzug ins Heim zu ermöglichen.

Das erklärte integrationspolitische Ziel der Stadt, dass Flüchtlinge maximal ein Jahr lang in Gemeinschaftsunterkünften leben sollen, wurde in Potsdam klammheimlich beerdigt. Inzwischen geht die Verwaltung längst davon aus, dass Menschen künftig vier bis fünf Jahre in Heimen leben müssen. Eine wohnungsgleiche oder wohnungsähnliche Unterbringung ist dort in den seltensten Fällen möglich – auch wenn dieser Anspruch seit Jahren im städtischen Integrationskonzept verankert ist. Offenbar gelten beschlossene integrationspolitische Zielsetzungen in Potsdam nur, solange kaum Flüchtlinge nach Potsdam kommen.

Aus der Bundespolitik wächst der Druck, Flüchtlinge schneller loszuwerden. Da werden Sammelabschiebungen nach Afghanistan organisiert, obwohl das Auswärtige Amt gleichzeitig Reisewarnungen für dieses Land veröffentlicht oder Rückschiebungen nach dem Dublin-Abkommen in Länder vorgenommen, die keineswegs ein faires Asylverfahren sicherstellen können oder wollen. Die zugesagte Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Schließung der Balkanroute in Griechenland festsitzen, wird auch in Deutschland kaum umgesetzt. Immer stärker wird der Familiennachzug erschwert.

Dennoch darf sich Potsdam nicht auf die Zuständigkeit des Bundes zurückziehen und einfach verlängerter Arm der Abschiebemaschinerie werden, sondern muss nun stärker denn je Farbe bekennen und Verantwortung für Schutzsuchende übernehmen.

Allerdings weht im Rathaus gerade ein anderer Wind. Die aktuellen Pläne der Verwaltung laufen konträr zum breiten Engagement der Potsdamer Bevölkerung für die Integration und Unterstützung von Flüchtlingen.

Derzeit gibt es ca. 150 Dublin-Fälle in Potsdam. Potsdams Verwaltung will die betroffenen Menschen in den nächsten Monaten konsequent in die Ersteinreiseländer zurückschieben. Die Rückschiebungen sollen überwiegend nachts stattfinden, wenn die betroffenen Familien garantiert in der Gemeinschaftsunterkunft anzutreffen sind, wenn nicht Sozialarbeiter*innen, sondern der Wachschutz die Schlüsselgewalt ausübt und wenn Proteste aus der Nachbarschaft nicht zu erwarten sind. Was es für traumatisierte Familien bedeutet, wenn nachts Ausländerbehörde, Polizei und Wachschutz in ihren Privatbereich eindringen, sie zwingen, schnell ihre Habseligkeiten zu packen und sie zur Grenze oder zum Flughafen transportieren, darauf nimmt die Abschiebemaschinerie keine Rücksicht.

Inzwischen hat die Stadt Potsdam den bundesweit berüchtigten Träger *EUROPEAN Homecare* mit dem Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft im Handelshof 20 beauftragt. Weitab von jeglicher Nachbarschaft mitten im Industriegebiet Rehbrücke/Drewitz entsteht eine neue Einrichtung, von der wir befürchten müssen, dass sie besonders auf lautlose nächtliche Abschiebungen spezialisiert sein soll und wird. *EUROPEAN Homecare* ist ein rein wirtschaftliches Unternehmen, das in der Unterbringung von Asylsuchenden ein lukratives Geschäftsfeld gefunden hat. Bekannt wurde das Unternehmen spätestens 2014, als Bilder von misshandelten und gedemütigten Flüchtlingen in nordrhein-westfälischen Heimen in den bundesweiten Tagesnachrichten gezeigt wurden. Der nordrhein-westfälische Innenminister **Jäger** äußerte sich beschämt und zeigte sich sicher, dass auch seine Kolleg*innen aus anderen Bundesländern mehr als kritische Fragen an **EUROPEAN Homecare** stellen würden. Die Potsdamer Stadtverwaltung sieht sich dazu leider nicht berufen.

Es wird also wieder auf außerparlamentarische Initiativen und die Solidarität der Bevölkerung ankommen.

- **Verhindern wir zusammen nächtliche Rück- und Abschiebungen!**
- **Asylrecht und Flüchtlingsschutz jetzt und hier!**
- **Wohnungsunterbringung statt Ghettoisierung!**

STADTRÄUME

Die Sportstättenproblematik in Potsdam spitzt sich weiter zu – oder: Die Frage nach dem geringeren Übel

VON ROMAN BÖTTCHER

Potsdam wächst und wächst und wächst. Diesen Zustand gibt es bei weitem nicht erst seit dem Jahr 2017 – die Prognosen zeugen schon seit über 15 Jahren von dieser Entwicklung. Nur die Rasanz hat zugelegt. Mit dieser Zunahme gibt es einen erhöhten Bedarf an Wohnraum, verkehrlicher Infrastruktur, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Naherholungsgebieten, Sportflächen, u.v.m. So weit – so logisch. In diesem Zusammenhang gibt es verschiedene Zuständigkeitsbereiche. Nicht wenige davon liegen ursprünglich in städtischer Hand. Allerdings haben es die politischen und verwaltungstechnischen Verantwortlichen in Potsdam innerhalb einiger Jahre geschafft, ihre eigenen Gestaltungsspielräume aufgrund diverser Flächen- und Immobilienverkäufe so stark zu dezimieren, dass sinnvolles und nachhaltiges Handeln nur noch mit dem Abwägen des geringeren Übels vonstatten geht.

Seit dem Jahr 2000 wurden gemäß der Antwort auf eine *Kleine Anfrage* unserer Fraktion 12 Grund- und weiterführende Schulen aus dem städtischen Immobilieninventar heraus verkauft, wovon lediglich fünf weiterhin als Schule unter privater Trägerschaft genutzt werden (unerwähnt bleiben Spezialschulen, wie die VHS in der Dortustraße). Dem gegenüber stehen lediglich drei neu gebaute Schulen seit dieser Zeit und kein zusätzlicher Ankauf weiterer Flächen oder Immobilien. Insbesondere in den Sozialräumen Potsdam Nord und Babelsberg stand gemäß des prognostizierten Zuwachses zu erwarten, dass es hier zu erheblichen Problemen bei der Deckung des Bedarfs kommt. Zu einem frühzeitigen Handeln fühlte sich aber weder in Verwaltung noch auf den politischen Ebenen jemand gezwungen. In der Betrachtung scheint der Blick auf die jeweils aktuelle Nachfrage genügt zu haben. Nun steht die Stadt vor dem Dilemma, den Mehrbedarf an Plätzen abdecken zu müssen ohne über entsprechendes Gebäude- oder Flächeninventar zu verfügen. Dies führt zu vorübergehenden Containerbauten, in denen die Kinder unterrichtet werden. Ein mehr als unglücklicher Zustand, der der fehlenden Weitsicht zu verdanken ist. Eine Frage des geringeren Übels?

Die *Universität Potsdam* attestiert der Stadt Potsdam in ihrem letzten Sportentwicklungsplan mindestens 17 fehlende Großfelder im Stadtgebiet. Die Anzahl an fehlenden Sporthallen dürfte ähnlich groß sein. Sicherlich mögen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung von Sportstätten (freiwillige Leistung) im Gegensatz zum Bau von Schulen samt Sporthallen und Kleinspielfeldern (pflichtige Leistung) verschieden sein, allerdings wird sich am Sportstättenproblem in den kommenden Jahren nicht viel ändern, wenn die dafür zur Verfügung stehenden Flächen weiterhin veräußert werden bzw. die neu errichteten nicht nutzbar sind.

Mit dem Sportplatz an der *NowaWiese* in Babelsberg wurde seitens der Stadt Potsdam das erste Mal nach vielen Jahren ein neues Großfeld geschaffen. Die Unausweichlichkeit der Lage wurde zum damaligen Zeitpunkt gegenüber der *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten* (SPSG) und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, **Sabine Kunst**, damit begründet, dass es keine anderen Flächen für das dringend benötigte Sportfeld im Sozialraum Babelsberg gibt. Dass dieser Platz nun aber aufgrund einer fehlenden Drainage nur wenige Monate im Jahr bespielbar ist – nämlich in denen, in welchen es keine oder nur geringe Niederschläge gibt – wurde gemäß der Beantwortung einer *Kleinen Anfrage* unserer Fraktion bewusst in Kauf genommen. Die Folge ist eine fehlende Entlastung, die der Platz eigentlich schaffen sollte. Dabei ist der Platz ausschließlich für den Trainingsbetrieb und – aufgrund eines fehlenden Funktionsgebäudes – nicht für den Wettkampfbetrieb geeignet. Eine Frage des geringeren Übels?

Für den Potsdamer Norden soll am Lerchensteig ein neuer wettkampffähiger Sportplatz entstehen. Allerdings scheinen sich hier ähnliche Versäumnisse in Planung und Umsetzung fortzusetzen, die auch schon in Babelsberg eine Rolle spielten: Anwohner*innen und nutzende Sportvereine werden nur mangelhaft einbezogen. Die Folgen sind eine randstädtische Lage, eine intensive Rodung wertvollen Baumbestandes, fehlende ÖPNV-Anbindungen und erhebliche Verzögerungen im Bau. Eine Frage des geringeren Übels?

Die Schul- und Freizeitsportanlage am Schlaatz hat, wie aus der Antwort auf eine *Kleine Anfrage* der Fraktion Die aNDERE hervorgeht, auch für die Verwaltung eine enorme Bedeutung für den Stadtteil, für den Schulsport und für den nicht organisierten Breiten- und Freizeitsport. Inwiefern dieser allerdings im Anbetracht des desolaten Zustands des Kunststoffbelags, fehlender Basketballkörbe und Beleuchtung adäquat ausgeführt werden kann, ist äußert fragwürdig. Gerade an diesem Standort ließe sich ein Sportgelände im innerstädtischen Raum verwirklichen, an dem sowohl die anliegenden Schulen, der Vereinssport im Stadtteil als auch der unorganisierte Breiten- und Freizeitsport partizipieren können. Allein der politische Wille dafür fehlt (noch). Vielmehr wird darauf verwiesen, dass die Flächen intakt seien und die derzeitige (Nicht-)Nutzung so gewollt ist. Eine Frage des geringeren Übels?

Auf die Spitze werden die benannten Versäumnisse der Stadtpolitik und -verwaltung aktuell beim Streit um den Sportplatz *Sandscholle* in Babelsberg getrieben, an dem seit Jahrzehnten Schul-, Vereins- und unorganisierter Breiten- und Freizeitsport Hand in Hand gehen. Auch wenn hier im Jahr 2016 noch 42.200 Euro für die Instandsetzung der Laufbahn und die Verlagerung der Kugelstoßanlage investiert wurden, sehen die derzeitigen Pläne den Neubau einer Grundschule auf dem Rasenplatz vor. Der Ersatz soll in Form eines Rasen- und Kunstrasenplatzes samt Funktionsgebäude am Bahnhof Rehbrücke geschaffen werden – mitsamt der Rodung von Baumbestand in einem Naturschutzgebiet. Zusätzlich soll die *Sandscholle* ein nicht wettkampffähiges Kleinfeld erhalten. Gerade für den Sozialraum Babelsberg würde dies bedeuten, dass die ohnehin schon defizitäre Sportstättensituation weiter verschlechtert wird. Und das, nachdem mit viel Mühe und Not und der Darstellung des Unausweichlichen vor Kurzem erst die Fläche an der *NowaWiese* geschaffen wurde? Ein Paradoxon. Aber auch hier: Eine Frage des geringeren Übels?

Die Auflistung ließe sich ohne Zweifel fortführen. Dass sich die Nachlässigkeiten rächen, scheint nun auch einigen Stadtverordneten zu dämmern. Es stellt sich nur die Frage, ob sie die Verfehlungen weiterhin mit Flickschusterei zu lösen pflegen oder ob die Situation wirklich zu einem Umdenken führt. Der Umgang mit der alten Sporthalle der Eisenhart-Grundschule in der Kurfürstenstraße (Vermarktung vorgesehen), dem Gelände des Babelsberger Seesportclubs (ersatzloser Wegfall) und dem derzeit hohen Sanierungsstau beim *Kommunalen Immobilienservice* (KIS) lassen jedenfalls nichts Gutes erahnen. Dabei böten sich mitunter Alternativen an, die sehr wahrscheinlich auch fraktionsübergreifend für Zustimmung sorgen können. Allerdings sind diese auf Nachhaltig- und Langfristigkeit angelegt. Das scheint nicht ins politische Konzept zu passen, mit welchem Wahlen gewonnen werden.

Ein Umdenken beginnt mit einer Aufwertung der Bedürfnisse des organisierten wie unorganisierten Breiten- und Freizeitsports – weg von der einseitigen Fokussierung auf den Leistungssport. Dafür ist eine frühzeitige Einbindung der Nutzer*innen (Schulen, Vereine) in die Planungen für Sanierungen und Neuschaffung von Sportstätten unablässig. Die hauptnutzenden Vereine sind mit langfristigen Pachtverträgen zu versehen, um ihnen dauerhaft Rechtssicherheit zu geben, sie aber auch in Verpflichtungen für den sorgfältigen Umgang zu nehmen. Ebenso sind der Erhalt und ein eventueller Ausbau der vorhandenen Sportstätten in den entsprechenden Sozialräumen zu sichern und zu prüfen (denn dort werden sie auch langfristig benötigt) und eine weitere Verlagerung in randstädtische Gebiete zu unterlassen. In diesen Lagen kann zwar zur Entspannung des Problems beigetragen werden, aber sie dürfen nicht lediglich als Ersatz für eine wegfallende innerstädtische Sportfläche herhalten. Es bedarf einiges an politischem Mut und Weitsicht, auch vermeintlich abwegige Varianten auf der Suche nach Standorten für Schulen und Sportstätten genauestens zu betrachten, selbst wenn diese in privater Hand sind und erst wieder angeeignet werden müssen – auf welchem Weg auch immer. Dann würde sich die Frage des geringeren Übels nicht ausschließlich in der Abwägung zwischen zwei städtischen Aufgaben für das Gemeinwohl beantworten lassen.

Krampnitz – In die Knie gezwungen

VON NICOLAS BAUER

Finanzminister **Görke** (Die LINKE) sprach von einem Durchbruch und die Lokalpresse sang das Liedchen nach: Durchbruch in Krampnitz. Ein Großinvestor eilt zur Rettung und schlägt eine Bresche in das überwucherte Dickicht von Skandalen und Rechtsstreitigkeiten. Der Großinvestor mit all seiner Finanzstärke rettet die denkmalgeschützten Gebäude und verspricht eine Zielmiete von 8,50 Euro pro Quadratmeter. Finanzdezernent **Exner** (SPD), der sonst jede noch so kleine soziale Mehrausgabe als unbezahlbar brandmarkt, gibt seinen Segen und hofft darauf Punkte zu machen im Rennen um die Oberbürgermeisterwahl. Jetzt also, nach zehn Jahren im Dornröschenschlaf, geht es endlich los!

Bildquelle: POLO GmbH

Krampnitz – Für Städtebauplanung gibt es bunte Bilder; für Verträge nur nackte Zahlen

Anfangs war das mit dem Entwicklungsgebiet Krampnitz eine tolle Idee. Da war diese alte Kaserne, so groß wie 175 Fußballfelder, aber eine Briefkastenfirma aus Hannover hatte die Hand drauf. Das kam so: **Rainer Speer** (SPD) hatte seinerzeit die *Brandenburger Boden GmbH* privatisiert. Die gehörte nun zwei Parteifreunden, die **Speer** aus dem Vorstand von *Babelsberg 03* kannte. Die haben dann für das Land die Kaserne für 'nen Appel und ein Ei an einen Herrn **Ingolf Böx** verkauft. Dafür hatte er die *TG Gesellschaften* gegründet. Der **Böx** ist übrigens ein wegen Betrug verurteilter Notar, der mit dem Brandenburger Bundestagsabgeordneten **Danckert** von der SPD eine Kanzlei führt. Der Verkauf wurde aber nie vollständig vollzogen. Vielmehr stand fortan im Grundbuch, dass die TGs Eigentumsansprüche haben (sog. Auflassungsvermerke). Eigentümerin war weiterhin das Land Brandenburg, aber die TGs hatten ein Vetorecht gegen den Verkauf an die Stadt. Gleichzeitig haben die TGs mit der Stadt einen städtebaulichen Vertrag abgeschlossen. Was sich so hochtrabend anhört, war in Tat und Wahrheit eine mehr schlecht als recht hingekritzelte Zeichnung, doch mit Zustimmung der Stadtverordneten ein gültiger Vertrag. Der Skandal um den Verkauf wurde vor knapp zehn Jahren in der Presse breit getreten und es gab sogar einen Untersuchungsausschuss, der aber zu nichts führte. Das Land wollte daraufhin den Kaufvertrag komplett rückgängig machen, aber dagegen klagten die TGs vor Gericht. Die Stadt wollte auch aus der Situation herauskommen und beschloss im Sommer 2013, dass Krampnitz Entwicklungsgebiet wird. Dafür hatte sich der ehemalige Baubeigeordnete **Matthias Klipp** eingesetzt. Bei einer Entwicklungsmaßnahme hat die Stadt mehr Rechte als bei einer normalen Baufläche. Die Stadt musste dafür zwei Dinge erreichen. Erstens: Sie musste aus dem städtebaulichen Vertrag raus und sie musste das Grundeigentum vom Land erwerben. Bevor es richtig heiß wurde, hat der **Böx** die TGs an einen **Oliver Bechstedt** aus Leipzig verkauft. Der soll dafür, so pfeifen es die Spatzen von den Dächern, eine Million Euro gezahlt haben. Der **Bechstedt** ist ein zwielichtiger Bauunternehmer, vor dem Anlegerschützer warnen und der sich in Sachen Krampnitz auch gerne mal von Anwalt **Gregor Gysi** (Die LINKE) helfen lässt.

Der erste Teil war leicht. Das Gericht kassierte den städtebaulichen Vertrag mit der Begründung, dass die TGs die Stadt vorsätzlich getäuscht haben. Der zweite Teil war schwerer. Das Land konnte wegen dem Vetorecht der TGs das Grundstück nicht an die Stadt verkaufen. Deswegen hat das Land der Stadt vorgeschlagen, dass die Stadt das Land enteignen solle. Hört sich komisch an, ist aber so und weil Krampnitz Entwicklungsgebiet ist, wäre das sogar einfacher gegangen. Der Antrag stand am 02.09.2015 im Hauptausschuss zur Entscheidung an, nur war der Baubeigeordnete **Klipp** tags zuvor entlassen worden. **Pete Heuer** von der SPD ließ den Antrag von der Tagesordnung nehmen und die Stadt sollte nun versuchen, mit den TGs eine gütliche Einigung zu erreichen. Damit war das Gerichtsverfahren zwischen Land und TGs erst mal ausgesetzt. Im Finanzausschuss erläuterte Herr **Heuer** später, dass ihm bei Enteignungen „prinzipiell unwohl" sei, selbst wenn der Besitzer die Enteignung wünscht.

Mit den Verhandlungen ging das eineinhalb Jahre hin und her, ohne dass was raus kam. Die Stadt wies die Angebote zurück, da die TGs sonst einen Großteil der Flächen und damit eine marktbeherrschende Stellung erhalten hätten. Die Stadt machte ihrerseits Angebote, die allerdings die TGs nicht annahmen. Weil die Verhandlungen gescheitert waren,

sollte das Gerichtsverfahren fortgesetzt werden und wäre es hart auf hart kommen, wäre die Enteignung wieder auf die Tagesordnung gekommen. Doch dann kam alles anders: Hinter den Kulissen und ohne ein Wort nach außen dringen zu lassen hat die Stadt mit der *Deutschen Wohnen AG* (DW) Verhandlungen geführt. Die DW ist der zweitgrößte Wohnungskonzern in Deutschland und besonders in Berlin dafür berüchtigt, Bestandsmieter aus ihren Wohnungen raus zu ekeln und die Mieten über den Mietspiegel zu treiben. Jetzt gibt es ein Geflecht von notariell beglaubigten Verträgen, die nur gleichzeitig in Kraft treten können, wenn alle zustimmen. Unter anderem muss noch die Stadtverordnetenversammlung zustimmen.

Die DW kauft die TGs komplett auf. Dafür sollen mehrere Millionen Euro über den Tisch gegangen sein – es wird von 20 Millionen gemunkelt. Die DW kann sämtliche Auflassungsvermerke löschen. Damit kann das Land das gesamte Grundstück an die Stadt verkaufen und dann verkauft die Stadt einen großen Teil davon für 50 Millionen Euro an die DW. Es sollen 1.400 bis 1.500 Wohnungen gebaut werden; dafür erhält die DW rund 250.000 Quadratmeter Grundstück. „Fertig ist der Lack“, sollte man meinen, aber wenn man ein bisschen an der Oberfläche kratzt, sieht es anders aus.

Im Gesetz steht, dass die Stadt in einem Entwicklungsgebiet die Grundstücke erwerben soll, diese dann rechtlich neu ordnet und entwickelt, und schließlich verkauft und zwar *„unter Berücksichtigung breiter Kreise der Bevölkerung“*. Geheimverhandlungen mit einem Konzern über den Erwerb und sofortigen Verkauf von fast der Hälfte hatte der Gesetzgeber damit sicherlich nicht im Sinn gehabt. Besonders interessant ist der Kaufpreis von 50 Millionen für die 250.000 Quadratmeter Grundstücksfläche.

Dafür braucht es einen kurzen Ausflug in die Logik einer Entwicklungsmaßnahme. Der Boden in Krampnitz ist ohne Entwicklungsmaßnahme praktisch wertlos. Deswegen verkauft die Stadt das Grundstück an die DW für läppische 3,6 Millionen Euro. Der Wert steigt erst durch die Entwicklung und dafür zahlt die DW 46,4 Millionen Euro. Das ist der sogenannte Ausgleichsbetrag. Zusammengezählt sind das die 50 Millionen Euro. Die Entwicklungsmaßnahme soll verhindern, dass die Wertsteigerung in private Taschen fließt. Sie soll für den Bau von Schulen, Sportplätzen, Umweltschutzmaßnahmen usw. verwendet werden. Dafür gibt es den Ausgleichsbetrag für Grund und Boden.

Normalerweise würde das Grundstück in kleine Parzellen zerlegt und öffentlich versteigert – und zwar zu Bedingungen, die die Stadt festlegen kann. Aber hier wurde mit einem ausgesuchten Investor geheim verhandelt. In so einem Fall muss man den Ausgleichsbetrag festsetzen und der sollte der tatsächlichen Wertsteigerung entsprechen und nicht zu gering sein. Und genau das ist das Problem. Normal wäre gewesen, ein Wertgutachten zu erstellen. Ich habe bislang trotz Nachfrage nichts dergleichen zu Gesicht bekommen. Hinzu kommt: Neuerdings darf auf jedem Quadratmeter Grund mehr Wohnfläche gebaut werden, da ja in Krampnitz statt 3.800 Leute jetzt 6.500 unterkommen sollen. Das Grundstück von 250.000 Quadratmeter entspricht 40 Prozent der Gesamtfläche. Ursprünglich sollten aber insgesamt lediglich 1.900 Wohnungen auf der gesamten Fläche von 600.000 Quadratmetern gebaut werden. Jetzt wird der Öffentlichkeit versichert, dass die DW auf der Teilfläche 1400–1500 Wohnungen bauen wird. Das ist also deutlich mehr Wohnfläche und die interessiert einen Immobilienkonzern in erster Linie. Logischerweise sollte der neue Ausgleichswert für den Grund und Boden höher sein, aber mir ist nicht klar geworden, wie das berücksichtigt wurde.

Dann stellt sich die Frage, wie das technisch funktionieren soll. Die DW erwirbt Grundstücke, auf denen größtenteils denkmalgeschützte Kasernengebäude stehen, nur der kleinere Teil ist für Neubauten vorgesehen. Aber jetzt soll ja auf der Grundfläche mehr Wohnfläche entstehen. Der immer vorsichtig rechnende Herr **Exner** könnte mal erklären wie das gehen soll. Entweder das Denkmalamt gibt eine Genehmigung zur ausreichenden Aufstockung oder es werden auf den Neubauflächen Hochhäuser gebaut oder aber die DW erhält weitere Grundstücke in Krampnitz, bis das Soll erfüllt ist. Wenn die DW ein größeres Stück vom Grundstückskuchen bekommt, bleibt für die Stadt entsprechend weniger übrig. Eine kleine Fußnote: Die viel gepriesene Kaltmiete von 8,50 Euro pro Quadratmeter ist ein Witz. Schon den **Wolfhard Kirsch** hatte man einmal darauf verpflichten wollen und es war klar, dass so etwas keinerlei rechtliche Bedeutung hat. Die Tinte hätte man sich sparen können. Natürlich fragt man sich, wieso die Stadt so einen Quatsch macht. In der Stadt wird im Kleinen gespart und geknapst, wo es nur geht, und hier wird im Großen generös eine grobe Rechnung aufgemacht. Und das Ganze wird als großer Erfolg und Durchbruch verkauft. Wieso? Ganz einfach: Herr **Bechstedt** musste seinen geforderten Preis für die TGs erhalten und die DW konnte das an die Stadt weiterreichen. Denn eigentlich ist ja die DW bereit gewesen, nicht nur die 50 Millionen zu zahlen, sondern auch den Preis für die TGs, von dem gemunkelt wird, es seien 20 Millionen gewesen. Demnach sind die Grundstücke 50 Millionen plus X wert. Und dementsprechend hätte der Ausgleichsbetrag um x Millionen höher sein müssen.

Man kann zu Recht sagen, dass die Stadt gegenüber der DW und der TG in einer miserablen Verhandlungsposition war, aber in die hat sie sich teilweise selbst hinein manövriert. Mit der Entwicklungsmaßnahme hatte die Stadt versucht, die Kontrolle zurückzugewinnen. Seit die Enteignung nicht mehr verfolgt wird, hat sie die wieder verloren. Anstatt die Enteignung voranzutreiben, hat die Stadt akzeptiert, dass ein Teil der Wertsteigerung für Herrn **Bechstedt** verwendet wird. Deswegen wurden die Zahlen frisiert und deswegen musste die Stadt schlechte Bedingungen akzeptieren.

Das ist kein Durchbruch, es ist ein weiterer Akt in einer Tragödie. Aus dem Schlamassel herauszukommen ist schwer. Wahrscheinlich müsste man Krampnitz komplett zu den Akten legen und stattdessen an anderer Stelle den Wohnraum schaffen. Gegen den radikalen Schnitt sprechen tausend gute Gründe. Aber solange man verzagt an die Sache rangeht und gleichzeitig verzweifelt daran festhält, können Baulöwen und Immobilienhaie die Stadt in die Knie zwingen.

Eine kleine Dystopie – Potsdam 2027

VON ANDRÉ TOMCZAK UND ANNEGRET PANNIER

2027 – Sortierte Stadt

Wir stapfen durch den Potsdamschnee und richten den Blick nach vorn: Es sieht düster aus. Der Weg von der Lesung in der Lieblingskneipe zur Haltestelle ist lang, der Weg nach Hause noch länger. Ähnlich wie letzte Woche der Rückweg von der Konzerthalle und neulich der Heimweg von dem Vortrag.

Straßenlampen britzeln unschlüssig. Uns fröstelt und nostalgisch denken wir an die Zeit, in der wenigstens stündlich ein Nachtbus kam. Jetzt ist es komplizierter, zu unseren Schlafplätzen zu kommen – zum Plattenbau im Süden, zur überteuerten WG im Westen oder zum Bauwagen im Norden.

Hätten wir doch damals mehr unternommen, als es noch möglich war! Jetzt ist es zu spät: Rund um den Alten Markt gibt es nur noch Banken, Eigentumswohnungen, Museen, teure Läden und Arztpraxen. Und einen Bäcker zwischen schicken Restaurants. Als wir nun nach zehn Jahren Dauerbaustelle dort zu spazieren wagten, nahmen wir Kuchen auf die Hand und setzten uns auf die Promenade. Wir waren gewillt, das neue Gesicht der Stadt nicht ganz so negativ zu sehen. Doch wir kamen uns einfach fremd und unwillkommen vor am Havelufer, zwischen Touristen und Gutbetuchten.

Nicht nur die abendlichen Veranstaltungen finden nun in der Peripherie statt, auch tagsüber müssen wir von einer Stadtecke zur anderen, um Beratungsstellen, gute Läden oder Freiberuflerbüros aufzusuchen. Mit uns in den Bussen und Bahnen immer unzählige Schüler*innen und Freizeitsportler*innen. Können die denn nicht Radfahren? – Aber wir sind ja selbst zu faul und zu ängstlich, von Autos angefahren zu werden.

War es Lethargie damals oder fehlende Angst vor der Zukunft? Der Eindruck, die Stadt wird sich nicht von unseren Zweifeln beeindrucken lassen? Wir wissen es nicht mehr genau. Aber: Hätten wir doch mehr versucht, um den Verkauf städtischer Flächen und den Abriss öffentlicher Gebäude zu verhindern. – Hätten wir doch damals mehr für eine lebendige Stadtmitte getan, in der es für alle etwas gibt!

2017 – Stadt für Alle?

Wollen wir einfach zusehen, wie in der Stadtmitte intakte Gebäude mit öffentlichen Mitteln platt gemacht werden, damit ein Quartier zum *„schick essen geh'n und teuer wohnen“* entsteht? Oder wollen wir alle unsere Freunde und Bekannten motivieren, für eine Stadtmitte zu kämpfen, die allen etwas bietet und in der nicht allein das Geld entscheidet? Für eine Stadtmitte, die mehr ist als nur eine Verbeugung vor der *„guten alten Zeit“* – nämlich ein Ort, der verbindet und an dem wir unsere Zukunft mitgestalten?

Die Zeit läuft.
2017 bietet uns die letzten Möglichkeiten mitzuentscheiden.

Foto: Kristina Tschesch

Am Sonntag, dem 12.3.2017, gründete sich das Bündnis *Stadtmitte für Alle* mit einer bunten Aktion am Alten Markt. Das Bündnis fordert Mitbestimmung für die weitere Entwicklung und will deutlich machen, warum dieses Thema alle angeht.

Wir sind viele und wir haben „Recht auf Stadt“ –
wir müssen mitentscheiden!

Informiert euch auf stadtmittefueralle.de!

STADTRÄUME

Das Potenzial des Rades
Eine Bestandsaufnahme zum Potsdamer Verkehr

VON JAN KUPPERT

In der Nachwendezeit hatte das Auto die dominierende Rolle in der City übernommen: *„Freie Fahrt für freie Bürger“*. Dass dadurch nach und nach das Stadtleben zerstört wurde bekamen nur die wenigsten mit. Wo vorher Bäume standen, schuf der Mensch Parkplätze. Aus der Wiese wurden Asphaltschrebergärten für Personenkraftwagen. Aus Straßen, auf denen Kinder spielten, wurden Todeszonen. Alles in der Stadt hatte sich den Fahrmaschinen unterzuordnen. Die historische Altstadt verkam immer mehr zu einem Lagerplatz für Maschinen. Dieser unerträgliche Zustand hält bis heute an. Mit der Eröffnung des *Museums Barberini* erwarteten nun die Besucher*innen der Stadt einen Drive-In Tempel. Der hat aber keine Parkplätze, also wird die Maschine halt auf dem Alten Markt oder in der Humboldtstraße zwischengelagert. Jeder zusätzliche Meter zu Fuß ist schließlich Quälerei, verbraucht der Mensch beim Gehen doch 50 Prozent mehr Energie als beim Fahren mit dem Auto.

Richtig grotesk wird es, wenn jemand am selben Ort seinen Koffer vergisst. Dann ist die Polizei schnell zur Stelle und sperrt großräumig ab. In einem abgestellten Koffer wird in der Regel eine größere Gefahr gesehen als in einem Auto. Dabei hat das Auto doch eigentlich fast immer eine explosive Flüssigkeit an Bord. Zudem sorgen diese Maschinen in Deutschland jährlich für tausende Tote. Die Zahl der Verletzten geht gar in die Hunderttausende. Wenn eine Tierrasse solche Folgen verursachen würde, wäre sie schon längst ausgerottet.

Wie sieht nun die Zukunft in Sachen Verkehr in Potsdam aus?

Es wird darauf hinauslaufen, dass der aufrechte Gang, eine der größten Errungenschaften der menschlichen Spezies, wieder zunehmend in Mode kommen wird. Die Fahrt mit dem Auto zum Bäcker oder Frisör wird deshalb schwierig, weil auf Grund knapper Ressourcen das Parken in der Stadt zum Luxus wird. Einige Menschen erkennen nach und nach, dass Flächen statt mit Autos auch mit Leben gefüllt werden können. Nicht alle wollen dem folgen, wie man überall am wild geparkten Stehzeug sehen kann. Aber es wird auch in Deutschland der Tag kommen, an dem ranghohe Bundespolitiker*innen einen neuen Weg in der Verkehrspolitik einschlagen. So wie es auf kommunaler Ebene und Landesebene heute schon der Fall ist.

Und dann kommt die ganz große Epoche des Fahrrades. Der Anteil der pedalierenden Bevölkerung in Potsdam hat sich schon heute zu einer stattlichen Größe gemausert. Im innerstädtischen Verkehr hat er einen Anteil von rund einem Viertel. Und er wird auch weiter steigen, denn der Mensch schätzt weiter eine gewisse Unabhängigkeit. Dank des technologischen Fortschrittes (E-Bike/Pedelec usw.) ist heute das Velo ein Fortbewegungsmittel für jung und alt. Und so hat sich im Stadtbild von Potsdam in den letzten zehn Jahren einiges getan. Die Infrastruktur hat sich an manchen Stellen erheblich verbessert, an anderen Stellen gibt es noch reichlich Handlungsbedarf.

Radverkehrskonzept mit falschem Maßstab

Genau dafür hat die Landeshauptstadt Potsdam begonnen, ein neues Radverkehrskonzept auf den Weg zu bringen. Mit 300 Seiten ist es ein recht umfangreiches Werk geworden – in Münster begnügt man sich dagegen mit 14 Seiten. Das Konzept beinhaltet einige Analysen des bestehenden Radnetzes, analysiert Schwachstellen und gibt die Richtung für die nächsten acht Jahre vor. Der ganz große Ehrgeiz, den Radverkehr nach vorne zu bringen, geht aus dem neuen Konzept nicht hervor. Man will sich im Vergleich zu anderen deutschen Städten mit ähnlicher Einwohnerzahl verbessern. Aber können deutsche Städte überhaupt der Maßstab sein? So richtig nicht. Wer große Innovationen erleben will, der schaut generell in die Niederlande oder nach Kopenhagen.

Mehr Autolagerplatz als Stadt. Hier hat sich einmal das Leben abgespielt. Heute sind weite Bereiche des Straßenraumes für den Menschen tabu. Er fristet am Rand ein Schattendasein zum Wohle der Fahrmaschinen.

Dort haben Politiker das große Potenzial dieser Form des Verkehrs erkannt. Beispielberechnungen z.B. aus Dänemark zeigen: Während die Gesellschaft durch jeden geradelten Kilometer pro Person 16 Cent einspart, kostet jeder per PKW zurückgelegte Kilometer die Gesellschaft 15 Cent. Radfahren erzeugt also einen erheblichen Nettogewinn für die Gemeinschaft. Aber auch für jeden Einzelnen ergibt sich ein hohes Einsparpotential. Man stelle sich mal vor, dass man einen Tag in der Woche im Bett bleiben könnte, weil man nicht für den Schluckspecht in der Garage zur Arbeit muss.

Aber wie geht es nun weiter in Potsdam?

Es wird erst einmal ein paar kleinteilige Maßnahmen geben. Neben weiteren Fahrradstellplätzen an Bahnhöfen werden noch ein paar Schutzstreifen eingerichtet. Am spannendsten ist noch der Bereich in der Fr.-Ebert-Straße, wo demnächst wohl die Autos nicht mehr parken dürfen. Hier kann man dann sagen, dass die Radfahrer die Autos vertrieben hätten. Zudem sind in der Zukunft Radschnellwege nach Stahnsdorf und Werder geplant. Für das Projekt nach Stahnsdorf stand sogar schon das Geld bereit. Aber inzwischen hat Stahnsdorf die Gelder erst einmal gestrichen und nun ist es fraglich, ob das Projekt überhaupt realisiert wird.

Zum Zeitpunkt dieses Textes ist das Potsdamer Radverkehrskonzept noch nicht abschließend fertig. DIE aNDERE setzt sich in den politischen Gremien nun für weitere Verbesserungen ein. Vor allem macht es Sinn, dass auf Straßen mit Radverkehr auf der Fahrbahn das Tempo auf 30 km/h reduziert wird. Außerdem sollten punktuell Schilder die Autofahrer zum Halten eines Sicherheitsabstandes auffordern. In Rostock wurden letztes Jahr solche Schilder zum ersten Mal aufgestellt. In Frankreich sind solche Hinweise schon seit Jahren Gang und Gebe. Auch wird sich DIE aNDERE dafür stark machen, dass Radwege eine eigene Farbe bekommen. In Holland ist das schon Standard und auch Münster will seine Radwege jetzt generell mit rotem Asphalt bauen. In Potsdam wird es wenn überhaupt auf sandsteinfarbene Radwege hinauslaufen.

Potsdam bedient vor allem andere Baustellen

Für die nächsten Jahre ist es aber nicht sehr wahrscheinlich, dass die Stadt das Thema Radverkehr in ganz großem Stil anpackt. Dafür gibt es einfach zu viele weitere Baustellen. Vor allem die fehlenden Schulen, die nun gebaut werden müssen, bereiten dem Kämmerer große Sorgen. Vor ein paar Jahren hat man Schulen noch reihenweise verkauft, nun baut man sie für viel Geld neu. Dadurch wird Geld ein knappes Gut in Potsdam bleiben und auch beim Radverkehr fehlen. Gerade aber jetzt wäre es für die Stadtentwicklung sehr schlau, vom Auto auf das Fahrrad umzurüsten.

So werden immer mehr Lieferfirmen auf das Velo setzen. In Potsdam nutzen es derzeit vor allem Essenslieferdienste. In Berlin werden schon einige Pakete mit Lastenrädern ausgefahren. In einigen Einsatzgebieten sind die Firmen dadurch einfach flexibler. Fahrradtaxis sind sogar schon seit vielen Jahren erfolgreich im Einsatz. Aber das Haupteinsatzgebiet des Fahrrads wird auch in Zukunft sein, die Menschen in der Stadt oder auch darüber

hinaus schnell von A nach B zu bringen. Bei einer guten Infrastruktur geschieht das sicher und vor allem staufrei. Wer seinen Weg zur Arbeit mit dem Rad an der mehr oder weniger frischen Luft bestreiten kann, hat einfach bessere Laune als derjenige, der eingepfercht im Massentransportmittel seinen Dienst für das Kapital antritt. Und das ist das große Plus des Radverkehrs gegenüber den meist sehr vollen Straßenbahnen von Potsdam.

Eine richtig gute Struktur für den Radverkehr aufzubauen, ist aber nur ein Schritt, um die Menschen aus der Gefangenschaft der Fahrmaschinen zu befreien. Autos sollten nicht dort lagern, wo Menschen wohnen. Statt Parkplätze gestaltet man kleine Parks oder Gärten in den Wohnsiedlungen. Die Bewohner müssten dann nicht in ihrer Freizeit aus ihren Siedlungen fliehen, was sie heute meist mit dem Auto erledigen. Man stelle sich mal den Stern oder Schlaatz als grüne Wohlfühloase vor! Und es gibt auch Beispiele, wo das tatsächlich praktiziert wird. In Freiburg entstand das Wohnquartier Vauban. Dort leben über 5.000 Menschen weitestgehend ohne eigene Autos. Und wenn, können sie nur am Siedlungsrand gelagert werden. Weltweit wurde in der Presse darüber berichtet. Es wäre an der Zeit, diesen Schritt auch in Potsdam zu gehen.

Ein Schild in den französischen Alpen, das für ein besseres Sicherheitsgefühl bei Radfahrern sorgt.

STÄDTISCHE BETRIEBE

Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam* – DIE aNDERE hilft gern!
TEIL 3

VON ARNDT SÄNDIG

Im Sommer 2015 erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der ProPotsdam – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stieg die Aufwandsentschädigung von 100 auf 550 Euro pro Sitzung. Doch den Vorwurf der Versorgungsmentalität lassen die Fraktionen der Rathauskooperation nicht gelten. Schließlich trügen die Aufsichtsratsmitglieder auch Verantwortung. Diese Bürde müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent schien der Kooperation da offenbar plausibel. DIE aNDERE kommt durch Ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied seine Aufwandsentschädigung. DIE aNDERE unterstützt hier die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe sorgfältig ausgewählter Projekte. Zuletzt konnten ProPotsdam-Mittel für ein ganz besonders wichtiges Anliegen umgeleitet werden.

Den Plänen der Rathauskooperation zur Re-Barockisierung der Innenstadt stellte sich 2016 die Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* entgegen. Gut 14.700 Unterschriften konnten in kürzester Zeit gegen die Abrisspolitik der Rathauskooperation gesammelt werden. Konkret forderte die Initiative, keine kommunalen Grundstücke mehr in der Mitte zu verkaufen und für den Abriss von Fachhochschule, Mercure und Staudenhof keine öffentlichen Gelder einzusetzen. Doch Ende August erklärte **Jann Jakobs** das Bürgerbegehren *Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte* anhand eines zunächst kaum zugänglichen Rechtsgutachtens für unzulässig. Die Fragestellung sei nicht hinreichend klar. Der bequemste Weg, um einem Bürgerentscheid aus dem Weg zu gehen, ist damit §15 der Kommunalverfassung. Ein kommunalpolitischer Taschenspielertrick.

Christian-W. Otto, Professor für Bau- und Planungsrecht, sah dies anders und begründete seine Auffassung in einem entsprechenden Gutachten.Dieses wurde der Öffentlichkeit auch sogleich zugänglich gemacht. Die Rathauskooperation stellte sich im September jedoch hinter die Einschätzung des OBs. Die Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* zog daraufhin vor das Verwaltungsgericht, um die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu klären.

„Der mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss verkennt den rechtlichen Gehalt des Bürgerbegehrens. Es geht nicht – wie irreführend unterstellt – um den Abriss oder Erhalt einzelner Gebäude im Sanierungsgebiet, sondern um Grundsätze städtebaulicher Entwicklung, wie sie sich in den Zielen und Zwecken des Sanierungskonzepts niederschlagen“.

Das Verwaltungsgericht entschied Anfang März. Leider zu Ungunsten der Initiative. Juristische Unterstützung kostet jedoch Geld. Hier konnten die Aufsichtsratsdiäten der *ProPotsdam* sinnvoll eingesetzt werden. Ohne das finanzielle Engagement des Unternehmens hätte die Wähler*innengruppe DIE aNDERE die Unterstützung der Klage aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die nun zugunsten anderer wichtiger Aktivitäten geschont werden konnten.

Auch in den kommenden Ausgaben der Fraktionszeitung wird DIE aNDERE über wichtige, aus den *ProPotsdam* Diäten finanzierte Projekte berichten.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 02.04.2017, Seite 41

Make Potsdam great again

Brandenburgs Hauptstadt will schöner werden. Trotz aller Bürgerproteste werden die DDR-Bauten abgerissen: ein Fehler

Von Niklas Maak und Claudius Seidl

Das Städtchen Potsdam, am südwestlichen Stadtrand Berlins gelegen, ist halb so groß wie Bielefeld – aber mindestens zehnmal so bedeutend. Das sehen jedenfalls viele Potsdamer so und erst recht die Neu-, Wahl- und Gesinnungspotsdamer, von denen immer noch mehr kommen. Potsdam wächst. Bald wird es halb so groß wie Bochum sein.

Dass Potsdam so bedeutend ist, hat zum einen mit der Lage zu tun. Es gibt hier sehr viel Wasser; selbst der Aldi an der Berliner Straße hat eine Anlegesteg für jene Kunden, die den Champagner am liebsten im eigenen Boot transportieren. Berlin ist nah, man kann hier wohnen und dort arbeiten: Potsdam, als Villenvorort der Hauptstadt und heimliche Hauptstadt zugleich. Denn vor allem liegt es an der Geschichte: Dass das hier früher Preußen war und bis vor knapp hundert Jahren die Residenz der Kurfürsten und Könige, das sieht man hier viel besser als in Berlin: die großen Parks, darin die Schlösser; und drum herum die Villen, die nicht so nobel wie ihre italienischen Vorbilder sind. Dafür haben sie, statt bloßer Hausnummern, Eigennamen, gerne mit einem „von“ davor.

Wer, was ja ein extrem populäres Missverständnis ist, die preußische mit der deutschen Geschichte verwechselt, der wird hier die Präsenz der Tradition, den Hauch der Geschichte in ungeahnter Intensität zu spüren glauben: Am 24. Januar, dem Geburtstag Friedrichs II., legen überzeugte Preußen gern eine Kartoffel aufs Grab. Und wer niemals einverstanden war mit der kargen Staatsästhetik der Bundesrepublik, der findet hier ein viel reicheres Angebot: Friedrich II. und Friedrich Wilhelm IV. haben die Stile ausprobiert, wie andere Leute die Kleider anprobieren. Etwas Repräsentatives ist immer dabei.

Allerdings endet die Zeit, die man hier Geschichte nennt, je nach Standpunkt im Jahr 1918, spätestens aber 1945. Dass danach etwas kam, der sogenannte Sozialismus: Das ist nicht historisch. Das ist nur noch lästig.

STÄDTISCHE BETRIEBE

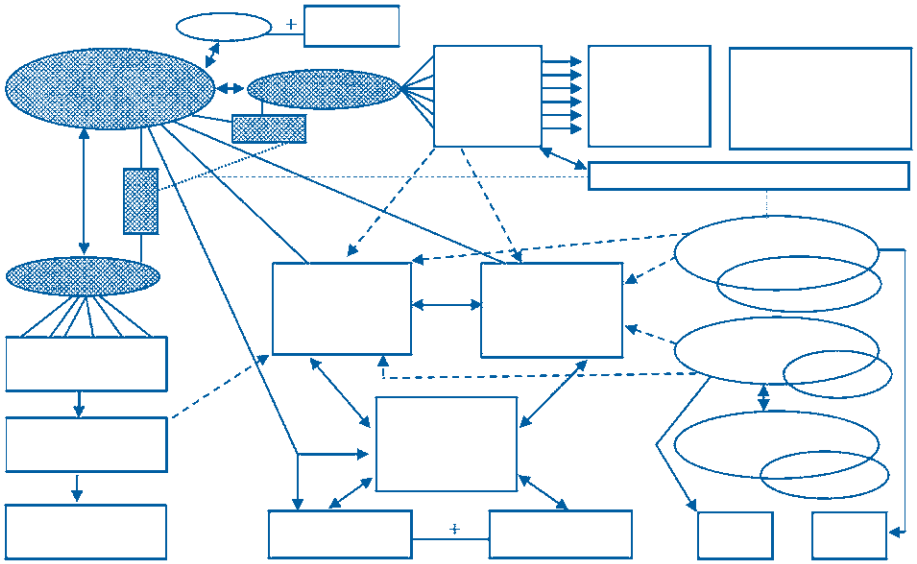
Unternehmen Stadt

VON CHRISTIAN KUBE

Potsdam legt dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vor. Scheinbar, denn was dieser Haushalt nicht enthält, sind die Verbindlichkeiten der städtischen Unternehmen. Potsdam hat über vierzig städtische Unternehmen. Diese gehören komplett oder zu großen Teilen der Stadt, sind aber als selbstständige Unternehmen in der Regel als GmbH organisiert. Diese Unternehmen sollen die städtische Daseinsfürsorge sicherstellen, zum Beispiel durch Wohnen, Krankenversorgung, Kultur, Wasser, öffentlichen Nahverkehr, Müllentsorgung, den Unterhalt und den Bau öffentlicher Gebäude oder Stadtreinigung. Zu den großen städtischen Unternehmen in Potsdam gehören die *Stadtwerke Potsdam* (SWP), die *Verkehrsbetriebe Potsdam* (VIP), die *Energie und Wasser Potsdam GmbH* (EWP), das *Klinikum Ernst von Bergmann* (EvB), die *ProPotsdam* und der *Kommunale Immobilienservice* (KIS). Einige dieser Unternehmen haben wiederum Tochterunternehmen, einige gehören zu Teilen privatwirtschaftlichen Akteuren. Einige dieser Unternehmen erwirtschaften Gewinne, die dann in den Stadthaushalt fließen (z.B. EvB, ProPotsdam), andere werden durch den Stadthaushalt gestützt (z.B. VIP, KIS) oder durch andere städtische Unternehmen quersubventioniert.

Wenn man sich mit dem Haushalt der Landeshauptstadt beschäftigt, dann kann man schnell die Übersicht verlieren, wenn man sich nicht gerade im Haushaltsführungssystem der Doppik auskennt und über enorme zeitliche Ressourcen verfügt. Wie aber soll man zusätzlich die städtischen Unternehmen kontrollieren, die viel Geld verwalten, umsetzen und investieren? – Hunderte Millionen Euro, die der Stadt Potsdam gehören, und somit auch den Potsdamerinnen und Potsdamern? Diese städtischen Unternehmen werden von einer Geschäftsführung geführt, wie in der freien Wirtschaft. Die Geschäftsführer werden wie in Privatunternehmen eingesetzt und verdienen ein Vielfaches des Salärs des OBs.

Wer aber kontrolliert dieses Geflecht an städtischen Unternehmen und Tochterfirmen? Der Oberbürgermeister ist nominell Gesellschaftervertreter in diesen Unternehmen. Aber wie soll ein Mensch, der auch mit Hilfe seines Stabes alle Hände voll zu tun hat, diese Stadt zu verwalten und zu regieren, „nebenbei“ all diese Unternehmen kontrollieren? Dafür gibt es die Aufsichtsräte, zumindest bei den größeren städtischen Unternehmen. Den Aufsichtsratsvorsitz haben seit dem ersten Stadtwerkeskandal die Beigeordneten (je nach Fachbereich). Diese unterstehen in einem direkten Dienstverhältnis dem Oberbürgermeister, sollen also federführend (neben den vielen anderen anspruchsvollen Aufgaben, die ein Job als Beigeordneter in Potsdam mit sich bringt) neben den anderen Vorständen die städtischen Betriebe kontrollieren.



Der Potsdam-Trust:
Organigramm vermuteter Zusammenhänge

Außerdem gehören den Aufsichtsräten Stadtverordnete an. Dabei werden die Mehrheitsverhältnisse der *Stadtverordnetenversammlung* gespiegelt. Einige Aufsichtsräte sind so gestaltet, dass nur die großen Fraktionen Mitglieder entsenden können, kleinere Fraktionen außen vor sind und so überhaupt keinen Einblick in die Geschäfte städtischer Unternehmen haben. Darüber hinaus unterliegen die Gespräche im Aufsichtsrat der Schweigepflicht. Somit können selbst gewonnene Ergebnisse aus dem Aufsichtsrat nicht effektiv zur Kontrolle benutzt werden, da ansonsten Klagen wegen Nichteinhaltung der Verschwiegenheitspflicht drohen.

Wie also soll eine effektive Kontrolle eines schwer durchsichtigen Firmengeflechtes der Stadt, welches jährlich viele Millionen umsetzt, unter diesen Rahmenbedingungen möglich sein? – Kaum. Die Folgen sind Vorteilsnahme, undurchsichtige Geldtransfers, ein möglicher Nährboden für Korruption. Dies konnten wir 2016 am Beispiel der Stadtwerke erfahren, vor ein paar Jahren war es die EWP unter der Führung von **Peter Paffhausen**. Und wurden diese Skandale durch die Aufsichtsräte aufgedeckt? Nein, es war die Presse. Das spricht nicht unbedingt für ein effektives Kontrollsystem seitens der Lokalpolitik. Diese ist auch nur schwer zu erreichen bei weitgehend autonom agierenden Firmen. Um diesen Missstand zumindest zu lindern, stellten wir im letzten Jahr einen Antrag, der eine bessere Kontrolle dieser Unternehmen ermöglichen sollte. Kernpunkte unseres Antrags waren:

- eine Vergrößerung der Aufsichtsräte, so dass alle Fraktionen darin vertreten sein könnten
- die Erweiterung der Aufsichtsräte um Expert*innen auch aus NGOs
- die Unvereinbarkeit des Aufsichtratsvorsitzes bei Personen, die im direkten Dienstverhältnis zum Oberbürgermeister stehen (z.B. Beigeordnete)
- die Veröffentlichung möglichst vieler Dokumente aus dem Aufsichtsrat, damit eine größere Transparenz hergestellt werden könne, auch gegenüber den Bürger*innen Potsdams

Als wir diesen Antrag letzten Herbst zum ersten Mal einbrachten, wurde er in der *Stadtverordnetenversammlung* ohne Diskussion, ohne einen einzigen Redebeitrag abgelehnt. Als wir den Antrag in leicht veränderter Form zum zweiten Mal einbrachten, wurde er auf unser Drängen zumindest in einen Ausschuss überwiesen, aber auch dort wollte sich niemand dazu äußern. Als ich unterstrich, dass dies als Diskussionsgrundlage über den derzeitigen Status Quo und die damit verbundenen Risiken zu verstehen sei, wurde mir mitgeteilt, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Konstruktive Vorschläge wurden nicht gebracht und der Antrag durch die damals noch bestehende Rathauskooperation abgelehnt. Dies lässt nur den Schluss zu, dass offenbar alles gut ist wie es ist. Und dass ab und zu ein Skandal und ein bisschen Korruption zum Geschäft gehört.

Nun hat Die Linke einen Prüfauftrag an den Oberbürgermeister gestellt, der die Rechte der Aufsichtsräte stärken soll, indem unter anderem Mustergesellschaftsverträge eingeführt werden, und dem Aufsichtsrat die Kompetenz eingeräumt wird, Geschäftsführende einzustellen und abzuberufen. Bis dato obliegt dies der Gesellschafterversammlung, deren Vorsitzender bei zu hundert Prozent städtischen Betrieben der Oberbürgermeister ist. Nun ist eine Stärkung der Aufsichtsräte wie oben beschrieben ja ein Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig wird weder an der Zusammensetzung dieser Gremien etwas geändert noch soll die Arbeitsweise transparenter werden. Und ob Herr **Jakobs** tatsächlich profunde prüft, inwieweit er Macht an die Aufsichtsräte abgeben kann, in denen auch Die Linke stark vertreten ist, darf getrost bezweifelt werden. Sollte der Antrag der Linken also durchkommen, dann wird das maximal ein Reförmchen, nachhaltige Transparenz wird daraus nicht erwachsen. So funktioniert Sozialdemokratie. Wir bleiben dran.

Bereits vor Jahren hat die aNDERE ein alternatives Konzept für die städtischen Eigenbetriebe entwickelt. Näheres finden Sie unter:

www.kommunalwahl-potsdam.de/archiv/

Historische Daten, Kulturstaatsmillionen und innerkirchliche Widersprüche

Ein Interview mit **Sandro Szilleweit**, Gründungsmitglied der *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche*

ANNEGRET PANNIER

Sandro, du kämpfst ja nun schon einige Jahre gegen den Bau einer Garnisonkirchenkopie. Konnte dich im letzten halben Jahr überhaupt noch etwas überraschen? Gab es etwas, was vielleicht 2013 in der Art nicht möglich gewesen wäre?

SANDRO SZILLEWEIT

Überrascht hat mich eigentlich nichts direkt, aber es freut mich, dass das Thema bei den Christ*innen angekommen ist. Eine Zustimmung zum Wiederaufbauprojekt von 65 Prozent der Landessynode und 55 Prozent des Kreissprengels deuten auf eine ernsthafte innerkirchliche Opposition hin, die sich mit der Frage beschäftigt, welches Signal die Kirche mit diesem Wiederaufbau aussenden möchte.

Die Tagung der *Niemöller-Stiftung* liegt gerade erst hinter uns. Dass sich eine kirchennahe Stiftung so in Potsdam engagiert, sorgt sicher für neuartige Betrachtungsweisen?

Nein, neue Dinge nicht, eigentlich sind die Fakten zur Kirche bekannt. Nun wurden sie noch einmal wissenschaftlich fundiert belegt und präzisiert. Nun finden sie allmählich Zugang zu kirchlichen Gruppen wie der *Niemöller-Stiftung* oder der kirchlichen Friedensbewegung – da wo sie hingehören.

War die Tagung also eher ein Zusammenfassen dessen, was Insider*innen vor Ort eh schon wussten?

Ja, aber für Kenner der Materie gab es auch neue Details. So war ich angenehm überrascht, wie stark die Sozialdemokratie in den 1930er Jahren in Potsdam gegen die konservativ-preußische Symbolkirche agierte.

Aha, neue Details also. Aber sicher wurden auch bekannte wiederholt. – Glaubst du zum Beispiel, dass sich die Rechercheergebnisse von **Matthias Grünzig** irgendwann breiter durchsetzen? Selbst der aufbaukritische Journalist **Christoph Dieckmann** bringt ja wieder die Version vom Ulbricht-Abriss in seinem Buch...

Dieckmanns entsprechendes Kapitel basiert in großen Teilen auf einem Text aus der *Zeit* von 2014. Matthias Grünzig fing erst danach an, seine Rechercheergebnisse zu veröffentlichen. Ich halte es nicht für das Hauptargument, wer nun direkt am Abriss schuld ist, daher habe ich da weniger Probleme mit.

In **Dieckmanns** Buch[1] wird die Garnisonkirche ja regelrecht zum Schmelzpunkt jüngerer deutscher Geschichte stilisiert. Die Bauwilligen argumentieren genau damit und wollen ein Deutezeichen zurückholen...

An einem negativ belasteten Ort wie der Garnisonkirche ist für eine angemessene Erinnerungsarbeit eine originalgetreue Rekonstruktion des hoch belasteten Gebäudes nicht notwendig. Wir bauen ja auch nicht die *Neue Reichskanzlei* auf, um an die Nazidiktatur zu mahnen.

Zurück zur Tagung – neben der *Niemöller-Stiftung* war auch die Initiative *Christen brauchen keine Garnisonkirche* Veranstalter. Sie ist ja eine wichtige Bereicherung für den Widerstand gegen die *Stiftung Garnisonkirche* und auch überregionaler aufgestellt als die *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche*...

Ja richtig: Viele kluge, moralische, verantwortungsvolle und lebenserfahrene Menschen, die sich leider etwas zu spät mit ihrem Landeskirchenprojekt beschäftigen. Ich hoffe, sie haben die Kraft und Macht, innerkirchlich eine Wende herbeizuführen.

Am letzten Tag der Tagung wurde die *Potsdamer Erklärung* des Vorstands der *Martin-Niemöller-Stiftung* verteilt, in der **Donald Trump** und europäische Regierungen aufgefordert werden, den Rüstungsetat zu senken und ein nachhaltigeres Sicherheitskonzept zu entwickeln. Muss man Pazifist sein und sich für globale Politik interessieren, um gegen einen Kirchenbau in Brandenburg zu kämpfen?

Nein, man muss kein Pazifist sein. Ich finde zum Beispiel, dass sich unsere bundesrepublikanische Armee auf andere Traditionen berufen sollte als auf die Wehrmacht und die preußische Armee. Die Bundeswehr sollte eigene Identitätsorte schaffen. Darüber hinaus finden sich auf den Gebieten der Stadtentwicklung, des Denkmal-

1 **Dieckmann, Christoph: Mein Abendland / Geschichten deutscher Herkunft. Ch.Links Verlag, 2017**

schutzes, der Finanzen und der Säkularität genügend Betätigungsfelder gegen den Wiederaufbau.

Der Handschlag **Hitlers** mit **Hindenburg** immerhin dürfte auch weniger informierten Menschen bekannt sein, nicht zuletzt weil er in fast jedem Zeitungsartikel zur Garnisonkirche nochmal am Ende gebetsmühlenartig wiederholt wird. Wird damit nicht auch von den vielen weiteren Veranstaltungen abgelenkt, die in der Garnisonkirche stattfanden und kein rühmliches Licht auf jene warfen?

Ach naja, das Foto des weltbekannten Handschlags bringt das Problem der Kirche auf den Punkt. Es ist ein Symbolgebäude. Die stockkonservativen und nationalistischen Kirchenkreise reichen dem aufstrebendem nationalsozialistischen Diktator die Hand.

Praktischerweise lassen sich ja nun viele der Daten zur damaligen Garnisonkirche im jetzt erschienenen Buch von Herrn **Grünzig**[2] nachlesen. Hast du das schon? Eignet es sich als entspannte Frühlingslektüre?

Ich habe es noch nicht gelesen, freue mich aber schon darauf. Gerade die Beschreibungen zum sozialdemokratischen Widerstand interessieren mich. Sozialdemokraten wie Johannes Stelling, Robert Schmidt oder Erich Kuttner sind in der Stadtgeschichte fast vergessen. Ihre Reden gegen das Treiben in der Garnisonkirche führten sie sicher teilweise auch in die Konzentrationslager. Vielleicht lässt sich daraus eine Denkschrift für die heutige SPD erstellen, die eine 180°-Wendung bezüglich der Garnisonkirche erzeugt.

Wegen der auslaufenden Baugenehmigung und der zu beantragenden Bundesmillionen ist die Aufbaufrage langsam in der heißen Phase. Gibt es deshalb eine gewisse Nervösität in der BI?

Die Stiftung ist überaus nervös. Für Menschen, die mit den Wiederaufbauaktivitäten ihren Lebensunterhalt verdienen, hängt an diesen Millionen der Lebensunterhalt der nächsten Jahre. Ich möchte nicht in ihrer Haut stecken. In der Industrie würde mit diesem Business Case und Budget jeder Controller die rote Karte zeigen.

Es gibt also noch Hoffnung auf ein wenig Vielfalt und Vernunft in der Potsdamer Mitte?

Vielfalt und Vernunft finde ich zur Zeit nur bei den Künstlern im Rechenzentrum. Einfalt und Naivität sind leider räumlich nicht weit weg von ihnen.

Alles klar, danke für das Interview.

[2] Grünzig, Matthias: Für Deutschtum und Vaterland / Die Potsdamer Garnisonkirche im 20. Jahrhundert Metropol Verlag, 2017

► Tagung der Niemöller-Stiftung 18.–19.03.2017

Wenn Rückschritte zu Fortschritten erklärt werden

VON JULIA LAABS

Um zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Elternteil politische Prozesse durch parlamentarische Tätigkeiten mitentscheiden zu können, muss „glaubhaft“ nachgewiesen werden, dass die Kinderbetreuung nicht innerhalb der Familie abgeleistet werden kann. Diese Nachweispflicht wurde nach Erlass der Entschädigungssatzung im Jahre 2001 von den Potsdamer Stadtverordneten im Jahre 2010 beschlossen[3].

Abgesehen davon, dass überhaupt nachzuweisen ist, dass Kinder während der zumeist spätabendlichen Fraktionssitzungen und parlamentarischen Debatten und bei Abwesenheit mindestens eines Elters einer Betreuung bedürfen, kann die Regelung als Indiz für eine diskriminierende und segregierende Politikauffassung gelten. Wenngleich diese Entschädigungssatzung sowohl Frauen als auch Männer trifft, also jene, die aufgrund eines Mandats Kinderbetreuungskosten geltend machen wollen, um überhaupt am politischen Geschäft teilnehmen zu können, trifft sie jedoch besonders Frauen. Auf besondere Weise zeigt diese Satzung, wie parteiübergreifend antiemanzipatorische Verwaltungsakte quasi naturgegebener politischer Alltagsbestandteil werden können.

Statistisch gesehen trifft dieser Überprüfungszwang nicht zufällig vor allen Dingen Frauen. Denn bei ihnen liegt heute wie schon vor 50 Jahren überwiegend die Erziehungsarbeit der Kinder. Dies auch in Zeiten einer durchaus stärkeren Partizipation von Vätern im Familienalltag und dem medial aufgeschäumten Diskurs über die neue Vaterrolle in westlichen Gesellschaften.

Durch den Begriffszusatz „glaubhaft“, wird implizit auch die Glaubwürdigkeit eines Betreuungsbedarfes in Frage gestellt, solange entsprechende Kriterien nicht erfüllt werden. Der Nachweis des Betreuungsbedarfes allein reicht nicht aus. Vielmehr muss dieser Nachweis glaubhaft sein. Was genau ein glaubhafter Nachweis ist und wie dieser beigebracht werden kann, ist im Beschluss nicht beschrieben. Somit bleibt es persönlichen Entscheidungen von Verwaltungsmitarbeiter*innen überlassen, wie tief sie in die partnerschaftliche und familiäre Konstruktion ihrer Stadtverordneten eindringen dürfen, um daraus eine glaubhafte Notwendigkeit für die Erstattung prekärer Kinderbetreuungskosten ableiten zu können.

Politiker*innen, die ehrenamtlich oder beruflich angestellt im politischen Alltag agieren, wird ein hohes Maß an Zeit und Flexibilität abverlangt. Das führt in politischen Spitzenpositionen hierzulande zu einer deutliche Unterrepräsentanz von Frauen. Obwohl Politik als Beruf eher noch an die gewöhnlichen Arbeitszeiten gebunden sein könnte und inzwischen die Kinderbetreuung während der Kernarbeitszeiten institutionell mehr oder weniger geregelt werden könnte, versagt dieses ohnehin unzureichende Betreuungssystem vollständig, wenn Politik ehrenamtlich und zusätzlich zur Erwerbstätigkeit durchgeführt wird.

Die materielle Unabhängigkeit insbesondere in Ehrenamtspositionen im politischen Betrieb ermöglicht Menschen unabhängig von ihren sozialen, ideologischen, kulturellen und Bildungsvoraussetzungen die aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Das materielle Entgelt für politische Aktivität ermöglichte den von **Max Weber** als *„politischen Enteignungsprozess“*[4] bezeichneten Wandel im Politikbetrieb des beginnenden 20. Jahrhunderts. Demnach sollten es nicht mehr die hohen Einkünfte oder günstigen privaten Umstände sein, die eine ausreichende ökonomische Sicherheit schaffen, um „für“ die Politik leben zu können. Immerhin spricht **Weber** gerade nicht vermögenden Menschen hauptamtlich jenen rücksichts- und voraussetzungslosen politischen Idealismus[5] zu, der letztlich dem Erhalt der ökonomischen Ordnung dient. Eine Reichtumsgesellschaft koppelt Entscheidungsprozesse an private Vermögen. Einer solchen Plutokratie kann, neben allen emanzipatorischen Forderungen, auch im 21. Jahrhundert nur dadurch entgegengewirkt werden, indem *„Interessenten aus dem Betrieb der Politik regelmäßige und verlässliche Einnahmen zufließen“*[6]. Eine ehrenamtliche Tätigkeit, die nicht nur von Vermögenden oder mehr oder weniger sozial abgesicherten Rentner*innen durchgeführt wird, muss also monetär abgegolten werden, wenn sie vermögensunabhängig und damit demokratisch offen für alle sein soll.

Frauen mit Familie gehen heute sehr viel häufiger einer Berufstätigkeit nach. In den westlichen Gesellschaften erfolgte diese Entwicklung erst, nachdem sie sich in den Ostblockländern der Vorwendezeit aus ökonomischen – nicht aus emanzipatorischen – Gründen bereits etabliert hatte. Frauen waren nun nicht nur für die nach wie vor patriarchalisch strukturierte Familie da, sondern sie waren auch voll berufstätig. Familie und Berufstätigkeit sind allerdings ein limitierenden Faktor für das politische Engagement. Denn woher soll die Zeit dafür genommen werden, wenn sie ja schon überwiegend für Familie und Beruf hergegeben wird?

---

[3] **Konkret heißt es in der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 07.12.2001 im §3 Verdienstausfall (3): *„Die Kosten der Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr durch eine Betreuungsperson werden gegen Nachweis bis zu einer Höhe von 10 Euro je Stunde erstattet, wenn glaubhaft gemacht wird, dass während der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten oder einen anderen im Hause lebenden Familienangehörigen während dieser Zeit nicht möglich war. Die Erstattung wird begrenzt auf monatlich 30 Stunden; in begründeten Härtefällen sind Ausnahmen möglich. (Anlage B)“***

[4] **Politik als Beruf, Max Weber, Reclam Verlag Stuttgart, 1992**

[5] **ebenda**

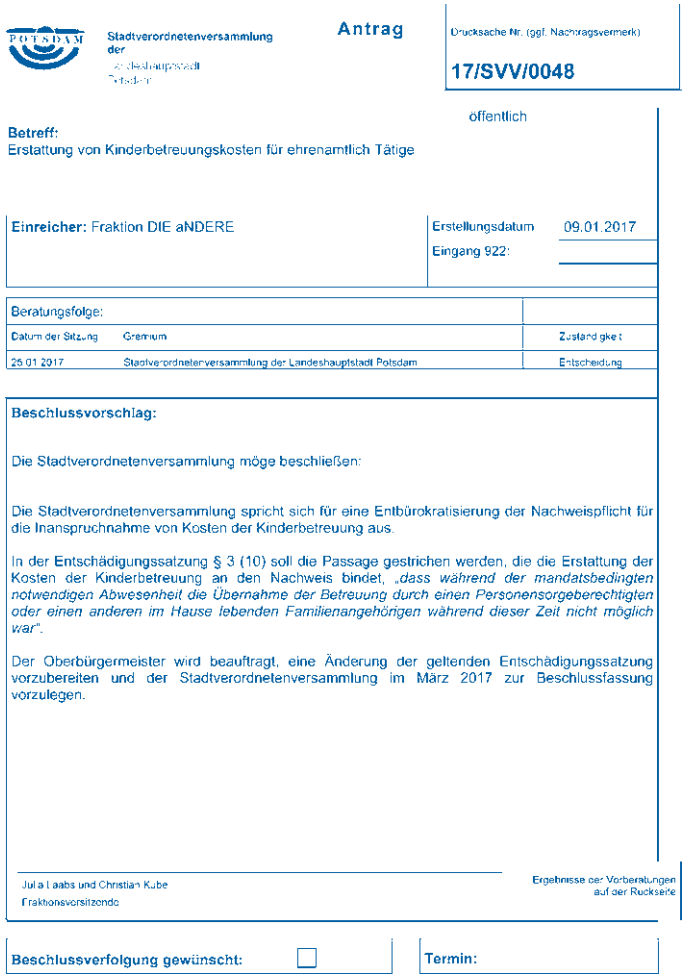
[6] **ebenda**

Auch wenn Frauen, wie es **Sabine Schmidt** in ihrer wissenschaftlichen Arbeit[7] ausdrückte, nicht nur zum öffentlichen Bild der Politik gehören und in politischen Ämtern immer häufiger anzutreffen seien, woraus ihrer Ansicht nach geschlossen werden kann, dass Politik also keine *„ausschließliche Männerdomäne“* mehr sei, existieren doch immer noch Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern. So viel über emanzipatorische Fragen auch diskutiert wird und die Rolle der Frau im Kleinen wie im Großen Thema in allen gesellschaftlichen Schichten und Institutionen ist, kann doch kurz und bündig resümiert werden, dass auch nach fast 200 Jahren Frauenbewegung die „Frauenfrage“ immer noch uneingeschränkt eine „Kinderfrage“ ist.

Wenngleich das Modell der Kernfamilie heute immer noch in der Hauptsache gelebt wird, spielen alternative Familienmodelle und die individuellere Gestaltung des eigenen Lebensweges auch innerhalb einer festen Partnerschaft eine zunehmend wichtigere Rolle. Während wir heute vorgeblich in der dritten Frauenbewegung stecken, die mit dem Zusammenschluss beider deutscher Staaten in den 1990er Jahren begann, ist hinsichtlich der „Vereinbarkeitsproblematik“ für die meisten berufstätigen Frauen mit Familie bis heute keine Lösung in Sicht. Die Frauenbewegung hat sich mit Familienfragen und Familienaufgaben trotz der von ihr forcierten Modernisierungsprozesse[8] bis zum heutigen Tag nicht hinreichend auseinandergesetzt.

Die geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarkts und die geschlechtsspezifischen Erwerbsbiographien spiegeln sich, *„solange die Aufgaben der Familien- und Erziehungsarbeit ganz überwiegend von Frauen übernommen wird, während die Männer mehrheitlich die Rolle des „Haupternährers“ übernehmen“*, notwendigerweise auch im politischen Geschäft wider. Denn der dafür erforderliche hohe Zeitaufwand und die z.T. auch hohe zeitliche Flexibilität können ohne familien- und partnerschaftlich unabhängige Betreuungsmodelle kaum noch gewährleistet werden. Nachweispflichten für die Betreuungsnotwendigkeit von Kindern implizieren, dass es auch Familienstrukturen und partnerschaftliche Lebensformen gibt, die eine solche Nachweispflicht nicht beizubringen brauchen, weil es dort entweder keine Kinder gibt oder andere Betreuungsmöglichkeiten existieren. Mit anderen Worten, gerade von fremd- und außerfamiliärer Betreuung und zusätzlicher finanzieller Absicherung abhängige Menschen (in der Mehrheit Frauen mit Familie), müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen, wenn sie an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen wollen. Aufgrund ihrer Definition als „Nebentätigkeit“, werden politische Ehrenämter durch mangelnde finanzielle Wertschätzung und aufgrund der geringen Motivation innerhalb der Verwaltungen und Parteien, bessere strukturelle Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik zu schaffen, letztlich auch als „nebensächlich“ degradiert. Nicht zu vergessen ist dabei die Tatsache, dass die Zahlung von Kinderbetreuungskosten eben keine Entschädigungszahlung im Sinne einer monetären Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements ist. Lediglich ermöglicht sie eine Fremdbetreuung der Kinder, wodurch überhaupt erst die Voraussetzung dafür geschaffen wird, Frauen neben der Familie und dem Beruf auch am politischen Geschäft teilhaben lassen zu können.

Sicherlich ist der von der Fraktion die aNDERE eingereichte Antrag zur Vereinfachung der Auszahlungsmodalitäten von Betreuungsgeldern für Mandatsträger*innen im politischen Betrieb notwendig, um auf antiemanzipatorische Entgleisungen wie die des Nachweises von Betreuungsbedürftigkeiten minderjähriger Kinder aufmerksam zu machen. Aber auch dafür hat die Fraktion sechs Jahre und den Widerstand in den eigenen Reihen gebraucht. Mit diesem Antrag wird versucht, einen fulminanten Rückschritt wieder gut zu machen, ohne dass auch nur ansatzweise der Fokus auf noch immer bestehende Rollenvorstellungen und geschlechtliche Diskriminierung im Berufs- und Familienalltag von Frauen gelegt wird. Genau diese Entwicklung entspricht auch den Erkenntnissen aktueller Genderforschung: Frauen meiner Generation und die der folgenden, müssen am Beginn des 21. Jahrhunderts – auch in den eigenen Parteireihen – eher um den Erhalt längst durchgesetzter Rechte kämpfen, als dass sie neue Forderungen stellen können, um sich von einem diskriminierenden/segregierenden und zutiefst konservativen Rollenmodell befreien zu können.



Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
17/SVV/0048

öffentlich

Betreff:
Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 09.01.2017
Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zustandigkeit
25.01.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Entbürokratisierung der Nachweispflicht für die Inanspruchnahme von Kosten der Kinderbetreuung aus.

In der Entschädigungssatzung § 3 (10) soll die Passage gestrichen werden, die die Erstattung der Kosten der Kinderbetreuung an den Nachweis bindet, *„dass während der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten oder einen anderen im Hause lebenden Familienangehörigen während dieser Zeit nicht möglich war“*.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der geltenden Entschädigungssatzung vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung im März 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Julia Laabs und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht: ☐

Termin:

[7] **Vereinbarkeit von politischer Karriere und Familie, untersucht anhand einer Umfrage von Mitgliedern des Deutschen Bundestages der 16. Legislaturperiode, Dissertation, Freien Universität Berlin, Sabine Schmidt Berlin, Juli 2014**

[8] **ebenda**

PERSONALIA

Kurz vorgestellt: Unsere Aufsichtsräte

Sandro Szilleweit – *Aufsichtsrat Luftschiffhafen*

Der mit Abstand größte Sportstandort Potsdams ist der *Luftschiffhafen*. Hier schufen viele Olympiasieger*innen und Weltmeister*innen die Trainingsgrundlagen für ihre späteren Erfolge. Aber auch der Breitensport eroberte sich in den letzten 25 Jahren das Gelände.

Als Läufer bin ich im *Potsdamer Laufclub* verwurzelt und trainiere seit Jahren im *Luftschiffhafen*. Ich möchte den Standort als „sportlichen Leuchtturm in Potsdam" erhalten und fördern. Gleichzeitig soll er für die Stadt finanzierbar bleiben.

Die Strukturen am Standort dürfen gern transparenter werden. Ich möchte mit gezielten Fragen erreichen, dass die Geschäftsleitung ihre Vorhaben klarer und frühzeitiger kommuniziert.

Dr. Nicolas Bauer – *Entwicklungsträger Potsdam*

Ich vertrete DIE aNDERE im Aufsichtsrat der *Entwicklungsträger Potsdam GmbH*, die sich hauptsächlich mit der Entwicklung der ehemaligen Kaserne Krampnitz befasst. Kasernen zu Wohnraum ist ein grundrichtiger Ansatz. Ich will mithelfen, dass in Krampnitz nicht einfach nur Wohnraum und eine Schlafstadt mit Autoanschluss an die Bundesstraße geschaffen wird. Im Bornstedter Feld wurden viele Fehler gemacht, die sich nicht wiederholen sollen. Verkehrsvermeidung und öffentlicher Personennahverkehr, soziale Infrastruktur, Sportanlagen und andere Freizeitmöglichkeiten müssen in den Planungen und den Ausschreibungen durchgesetzt werden. Die Kaserne hat sich in über 20 Jahren Leerstand zu einem riesigen Biotop entwickelt. Was erhalten werden kann, soll erhalten bleiben und für Verluste muss in Krampnitz und Potsdam Ausgleich geschaffen werden.

Arndt Sändig – *ProPotsdam*

Seit dem Frühjahr 2013 ist **Arndt Sändig** Aufsichtsratsmitglied bei der *ProPotsdam*. Gleichzeitig arbeitet er im Bündnis für Wohnen der Landeshauptstadt mit und ist Wohnungspolitischer Sprecher der Wähler*innengruppe. Die *ProPotsdam* muss die kommunale Daseinsfürsorge – die Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums – als ihre zentrale Funktion begreifen. Die Gesellschaft ist das wohnungspolitische Instrument der Stadt. Sanierungen und Modernisierungen müssen sich daher immer an den Bedürfnissen und dem Geldbeutel der (Bestands)mietenden orientieren. Die Kapazitäten der Gesellschaft dürfen nicht primär in die Erschließung neuer, teurer Wohngebiete für Besserverdienende wie der Speicherstadt oder die Bewirtschaftung unternehmenszweckferner Aufgaben wie das Marketing fließen.

Christine Anlauff – *seit Dezember Mitglied für DIE aNDERE im Kuratorium des Hans Otto Theaters*

Ich bin in Potsdam geboren, aufgewachsen und nach einer Buchhändlerlehre in Leipzig, Abitur und einigen Jahren in der Jugendarbeit, während des Studiums (Archäologie/Geschichte) hierher zurückgekehrt. Seit 2005 lebe und arbeite ich als freiberufliche Autorin und Mutter von vier Kindern in der Brandenburger Vorstadt und bin dort punktuell im *Stadtteilnetzwerk Potsdam West* und in der *Bürgerinitiative Westkurve* aktiv. Für die aNDERE saß ich bislang zweimal in der *Stadtverordnetenversammlung*. Dabei unter anderem im Kulturausschuss, dem ich aktuell als Sachkundige Einwohnerin angehöre.

Mit dem *Hans Otto Theater* (HOT) verbinden mich Erfahrungen aus verschiedenen Blickwinkeln. Einem von einer der unteren Leitersprossen der Betriebshierarchie (wadd?) als Ankleiderin (Studentenjob 2001–2004) und später extern, als Autorin eines Stückes, das am HOT uraufgeführt wurde. Ich hoffe, diese unterschiedlichen Erfahrungen in der zukünftigen Arbeit im Kuratorium nutzen zu können, vor allem zugunsten der Angestellten.

Carsten Linke – *seit Dezember Mitglied für DIE aNDERE im Aufsichtsrat der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)*

Ich arbeite und lebe seit Januar 1988 in Potsdam und hatte zuvor Elektriker gelernt und Elektrotechnik studiert. Einige Jahre war ich als Ingenieur in der Energiewirtschaft tätig. Seit 25 Jahren arbeite ich in der Umweltverwaltung des Landes als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf den Gebieten Energie, Klimaschutz, Klimawandel und Nachhaltigkeit.

Kommunalpolitisch engagiere ich mich ebenfalls seit 1988 in der Stadt. ARGUS (Grüne Partei in der DDR), DIE GRÜNEN, DIE aNDERE sind einige Stationen meines Handelns. Aktuell bin ich für unsere Wählergruppe Sachkundiger Einwohner im *Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung* (KOUL), Mitglied des Klimarates sowie des Wirtschaftsrates der Stadt Potsdam.

Mein besonderes Interesse bei der EWP gilt der Preisgestaltung. Dazu gehören nicht nur die Tarifpreise für die Wasser- und Energiekunden, sondern auch die Anschlusskosten, die für beide Bereiche völlig unterschiedlich geregelt sind. Ich glaube, dass die Energiesparte, speziell im Verbund mit anderen städtischen Unternehmen, noch mehr für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Stadt leisten kann.

Portraits von links nach rechts in der textlichen Reihenfolge

MUSEUM BARBERINI

Kein Grund zum Feiern
– Barberini Nein Danke

VON STEN

Es erscheint im Nachhinein noch als unglaublich, aber es war und ist so: In dieser Stadt, in der fast alle gewichtigen sozialen und politischen Konflikte als kulturelle Streitigkeiten ausgetragen werden, stieß ein kulturpolitisches Großprojekt zumindest in der medialen Öffentlichkeit auf ungeteilte Zustimmung. Von links bis rechts wurde die Eröffnung des vom Softwaremilliardär **Hasso Plattner** finanzierten *Museums Barberini* gefeiert und sich auf gute, auch provozierende, Kunst gefreut.

Klar, dass *Mitteschön* und Konsorten die Korken knallen lassen, muss hier nicht weiter erörtert werden. Verwunderlich erscheint eher, dass Menschen, die die Entwicklungen in dieser Stadt kritisch betrachten, sich über das Barberini freuen können. Wenn dahinter nicht nur die Angst steht, im Falle von radikaler Ablehnung dieser historisierenden Ausstellungshalle als Banause zu gelten, dann beweist diese Begeisterung, dass die Fokussierung auf kulturpolitische Konflikte manchmal das eigentlich zentrale Geschehen aus dem Blickfeld rutschen lässt. Aus diesem Grund sei hier noch einmal daran erinnert, wie das Barberini (und vergleichbare Projekte an anderen Orten) historisch möglich wurden.

Wir leben in einem Zeitalter, in dem in den alten Zentren kapitalistischer, bürgerlich-demokratischer Staatlichkeit (also Westeuropa und Nordamerika – in den politisch und teils auch ökonomisch etwas anders organisierten Gesellschaften drumherum sieht die Entwicklung noch verheerender aus) seit über drei Jahrzehnten ein Prozess stattfindet, der einerseits staatliche Umverteilungsmechanismen aushebelt und in dem andererseits die Macht der Organisationen der Lohnabhängigen, sich ein größeres Stück vom Kuchen zu sichern, beschnitten wird (wer sich damit beschäftigen will, geeignete Stichwörter für einen Einstieg z.B. bei *Wikipedia* sind *Reaganomics*, *Thatcher*, *Agenda 2010*).

Das Resultat sind finanziell dauerklamme Kommunen und Staaten sowie Massen von Lohnabhängigen, die seit Jahren und Jahrzehnten mit stagnierenden oder gar sinkenden Reallöhnen klarkommen müssen. Einerseits.

Und andererseits eine überschaubare Anzahl unglaublich hoher und immer noch wachsender Privatvermögen. Diese Vermögen sind so hoch, dass es den Eignern mittlerweile schwer fällt, Wirtschaftszweige zu finden, in denen sie dieses Geld gewinnbringend anlegen können. In dieser Situation erfreuen sich andere Geldanlagen einer gewissen Beliebtheit. Und Kunst ist eine von denen. Man kauft Bilder. Legt sich Sammlungen zu. Das hat den Vorteil, dass, wenn man das halbwegs gut beraten tut, das Geld recht sicher angelegt ist und man auch noch was fürs eigene Image tun kann. Wenn man sich ein bisschen einliest, sich ein paar Absolvent*innen der Kunstgeschichte, für die der Arbeitsmarkt ansonsten – wenn überhaupt – nur noch prekäre Projektstellen bereithält, einkauft, dann steht man ganz schnell als weltgewandter kunstbeflissener Mann (Milliardäre sind meistens Männer) da. Und wenn man dem Ganzen noch die Krone aufsetzen will, dann stiftet man ein Museum. Über das man – es ist bekanntermaßen Anlageobjekt – die absolute Verfügungsgewalt behält. Und *bums*, liegt einem eine ganze Stadt zu Füßen. Dann muss man die eigenen Schuhe nicht mehr von irgendwelchen Dienstbotinnen putzen lassen, sondern Bürgermeister und Minister lecken die einem blank.

Diese Form des Mäzenatentums unterscheidet sich deutlich von jener Form bürgerlicher Finanzierung von Kultur, mit der einst ein selbstbewusstes Bürgertum den Wettbewerb mit dem Adel aufnahm. Dem frühen bürgerlichen Kultursponsoring ging es noch darum zu zeigen, dass man als Klasse, die sich anschickte die Welt zu beherrschen, die die Erklärung der Menschenrechte schrieb und Könige köpfte, auch die Welt der Kultur grundstürzend erneuern werde. So finanzierte man die Produktion von Kunst, die dieses Versprechen transportierte. Dem Bürgertum heute geht es längst nicht mehr darum, sich selbstbewusst vom Adel abzusetzen. Weil man keine Vorstellung mehr hat, wie man die Welt, die man grundlegend verwüstet hat, konstruktiv gestalten will und kann, kopiert man als widerspruchsfrei schön empfundene historische Fassaden und hängt dahinter, was man nach persönlicher Vorliebe und Geldbeutel an Artefakten vergangener Kunstproduktion zusammengekauft hat und ignoriert, dass rundherum die Zivilisation vor die Hunde geht.

Unter diesen Bedingungen und in diesem Kontext geht der Kunst alles verloren, was über ihren Warencharakter hinauswies, also alles, was sie als Kunst ausmachte und den Unterschied zwischen ihr und einer Fototapete markierte. Sie wird zur bloßen – wenn auch teuren – Dekoration, auch einst als provokativ oder revolutionär angesehene Werke, egal ob es sich um ein *Guernica*, einen *Ursprung der Welt*, ein *Begräbnis des Anarchisten Galli* oder eine *Brigadefeier* handelt. Vom neureichen Oligarchen, der sich irgendwelche Meisterwerke der Malerei an die Wand hängt, weil es farblich so gut zur Einrichtung passt, unterscheiden sich „intellektuelle“ Sammler wie *Plattner* und Co. tatsächlich nur habituell.

Kulturprojekte wie das Barberini sind die Triumphbögen, die sich jene Klasse errichtet, die von der seit den 80er Jahren weltweit vorangetriebenen Zerstörung von Sozialstaatlichkeit profitiert. Ihr Fundament sind (in Ländern der sogenannten 1. Welt!) Schulen, in denen die Scheiße aus den Klos suppt, geschlossene kommunale Museen und Theater, Krankenhäuser, in denen sich die Kranken auf den Fluren stapeln, eine öffentliche Infrastruktur hart am Rande des Zusammenbruchs, Wohnungsnot und Armut. Ein Grund zur Freude will sich mir nicht erschließen.

MUSEUM BARBERINI

Freude über Originale in der Kopie – Gemälde Ja Bitte

VON LUTZ BOEDE

Die Eröffnung des Barberini und die Medienberichte drumherum taugen in vielerlei Hinsicht als soziale Milieustudie. Sie geben interessante Einblicke in die Machtverhältnisse in der Stadt, die Presselandschaft, das Kunstverständnis **Hasso Plattners** und die Qualität von gesellschaftlicher Kritik an den herrschenden Zuständen.

Das Geschenk an die Stadt

Fast übereinstimmend berichteten die Medien wochenlang von *„Plattners Geschenk an Potsdam“*. Dabei beabsichtigte **Hasso Plattner** zu keinem Zeitpunkt, der Stadt irgendetwas zu übereignen. Das *Museum Barberini* wird von der *Hasso-Plattner-Stiftung* finanziert. **Hasso Plattner** zeigt dort gegen Eintrittsgeld seine private Bildersammlung. Unter Mäzenatentum kann man durchaus etwas anderes verstehen.

Kunstliebhaber

Auch die Ideen-Geschichte des Kunst-Museums ist ziemlich aufschlussreich. Vor ein paar Jahren starteten **Plattner** und Oberbürgermeister *Jakobs* ihren ersten Anlauf für **Plattners** Bilderhalle. Damals sollte das *Hotel Mercure* abgerissen und an dessen Stelle eine moderne Kunsthalle für DDR-Gemälde gebaut werden. In der Bevölkerung setzten sich aber trotz (oder wegen) Hasspredigten von *Mitteschön* und **Günther Jauch** die Sympathien für das Mercure gegen die Vorfreude auf **Plattners** Bildersammlung durch. **Plattner** plante nun um und baute schließlich mit Liebe zum Detail eine Fassadenkopie als neue Ruhmeshalle seiner Sammlung auf. Offenbar ist die Architektur seiner Kunsthalle für **Plattner** beliebig. Ob Moderne oder Barockkopie – Hauptsache repräsentativ und beachtet.

Machtanspruch

Bereits bei der Diskussion um das Kulturschutzgesetz 2016 drohte **Plattner**, der um den Wertverlust seines Besitzstandes fürchtete, der Kulturstaatsministerin **Monika Grütters** unverblümt damit, Gemälde in Kalifornien einzulagern, wenn das Gesetz so beschlossen wird. Oberbürgermeister **Jakobs** schrieb sogleich und beflissen einen Brief an **Grütters**, um **Plattners** Wünsche zu unterstützen.

Im ZDF-Kulturmagazin *aspekte* machte **Hasso Plattner** am 20.01.2017 deutlich, dass er nicht nur einen Mitentscheidungsanspruch über die Stadtgestaltung erhebt, sondern sich auch jede Kritik daran verbittet. *„Also, dass der Herr Jauch und der Herr Plattner hier was bestimmen wollen. Also überhaupt nicht. Also, wenn ich das nochmal höre, dann gibt’s nichts mehr.“* So spricht nicht ein bürgerlicher Mäzen, sondern ein fürstlicher Patriarch.

Kunst als Kapitalanlage

Kunstwerke sind in der kapitalistischen Welt zur Kapitalanlage geeignete Objekte. Viele bedeutende Gemälde fristen ihre Existenz in Privatsammlungen oder Tresoren und sind der Öffentlichkeit nur noch als Motiv auf einer Pralinenschachtel oder als Zeitungsfoto zugänglich. Es ist nicht einmal selbstverständlich, dass man Kunstwerke von Weltrang noch gegen Bezahlung sehen kann.

Natürlich kann man darüber streiten, ob es ein Grund zur Freude ist, dass künftig in einer Gebäudekopie am Alten Markt große Kunstwerke im Original zu sehen sein werden. Vielleicht ist es in erster Linie eine Frage der persönlichen Herangehensweise. Man kann die Menschen, Situationen und Prozesse defizit- oder potenzialorientiert betrachten.

Ich kann nicht aus meiner Haut, ich suche in den meisten Dingen zunächst neue Möglichkeiten. Ich warte auf neue Übersetzungen von **Dostojewskis** *Schuld und Sühne*, obwohl die Druckereiangestellten wahrscheinlich schlecht bezahlt wurden. Ich kann Spiele der Fußball-Champions-League genießen, obwohl ich weiß, dass dort überbezahlte Angestellte unsympathischer Konzerne spielen. Ich bin überzeugt, dass Kunstwerke auch dann Menschen berühren und verändern können, wenn sie von unanständig reichen Menschen dem Rest der Welt gegen Bezahlung zur Betrachtung angeboten werden.

Deshalb freue ich mich natürlich auf Originale von Munch, Liebermann und Kandinsky.

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / MAI 2017

DIE aNDERE

V.i.S.d.P. **DIE aNDERE**
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
NICOLAS BAUER, LUTZ BOEDE, ROMAN BÖTTCHER, ANJA HEIGL, CHRISTIAN KUBE, JAN KUPPERT, JULIA LAABS, ANNEGRET PANNIER, ARNDT SÄNDIG, STEN, ANDRÉ TOMCZAK

Gestaltung:
MARCUS GROßE **marcus-grosze.allyou.net**

Volksinitiative

für faire Bürger- und Volksentscheide

Jetzt 2 x unterschreiben!

WIR ENTSCHEIDEN MIT!

wir-entscheiden-mit.de

Impressum: Wir entscheiden mit! c/o Mehr Demokratie, Kanalstr. 52, 16515 Oranienburg. Bitte nicht wild plakatieren.